Montag, 26. Februar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10216. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 26. Febr. Die hiesigen Morgenblätter veröffentlichen zwei bulgarische Petitionen, von denen die eine an die sechs Großmächte, die andere an die Bevollmächtigten auf der Conferenz gerichtet ist. In beiden erklären die Petenten, sie hätten nicht das mindeste Vertrauen zur neuen türkischen Constitution. Sie klagen die türkischen Behörden an, daß diese die Bulgaren zur Unterzeichnung von Adressen, welche die neue Constitution billigen, zwingen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Petersburg, 25. Febr. Aus Wien gelangen dort verbreitete Gerüchte hierher, wonach seitens des Kaisers befohlen worden, daß am 28. Februar die russische Armee den Pruth überschreiten solle. Hieran ist kein wahres Wort. Allerdings erreicht mit dem angegebenen Zeitpunkt der zwischen Serbien und der Türkei bestehende Waffenstillstand seine Endschaft, ein Waffenstillstand, der auf das russische Ultimatum eintrat. Das aber zwischen Serbien und der Türkei der Kampf am 1. März wieder aufgenommen werde, ist nicht zu erwarten. Die Nachrichten über die Friedensverhandlungen zwischen Beiden lauten günstig, kommt man aber bis zum 1. März mit denselben nicht zum Schluß, so würde jedenfalls eine Waffenstillstandsverlängerung erfolgen. — Im Allgemeinen ist die Situation unverändert. Die Rückäußerungen der Mächte stehen noch aus. Von ihnen resp. von der Entwickelung der Dinge in Konstantinopel werden die diesseitigen weiteren Maßnahmen abhängen.

Konstantinopel, 25. Februar. Dem Vernehmen nach ist in der gestrigen Conferenz der serbischen Delegirten mit Savfet Pascha eine Verständigung erzielt worden. Wie weiter verlautet, würde Fürst Milan demnächst in einem Schreiben an den Sultan erklären, daß er die von der Pforte vorgeschlagenen Friedensbedingungen annehme; der Großvezir würde hierauf erwidern, daß die Pforte von dieser Erklärung Act genommen habe. Ein neuer Ferman soll alsdann die Stellung des Fürsten von Serbien zur Pforte regeln.

Washington, 24. Februar. In einer heute stattgehabten gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Häuser des Congresses erhoben die Demokraten Einspruch gegen die von der Fünfzehner Commission getroffene Entscheidung, daß die in Oregon abgegebenen Wahlstimmen als für Hayes abgegeben zu betrachten seien. Trotzdem wurde dieselbe für giltig erklärt. Hierauf bestritten die Demokraten die Giltigkeit der in Pensylvanien abgegebenen Wahlstimmen.

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 23. Februar.

Bericht der Budgetcommission über den Antrag Krah u. Gen., betreffend die Gewährung einer Staatsbeihilfe zur Herstellung von Strom- und Uferschutzanlagen am Elbdeiche in der Wilster Marsch. — Referent Hammacher beantragt Namens der Budget-Commission den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Wilster Marsch zur Herstellung von Strom- und Uferschutzanlagen am Elbdeiche eine angemessene Staatsbeihilfe gewährt wird." — Abg. Rauthe hält es für ungerechtfertigt, daß für den vorliegenden Zweck Staatsmittel aufgewendet werden, da die Anwohner der Ströme im Binnenlande ihre Deiche auf eigene Kosten haben herstellen müssen. Er könne wohl in die Gewährung eines Darlehns willigen, wünsche aber nicht eine Amelioration des Bodens im Interesse der dortigen Grundbesitzer. — Die Abgg. Schläger und Hansen weisen darauf hin, daß es sich hier nicht um eine Amelioration des Bodens handle, sondern um den Schutz von 10 000 preußischen Staatsbürgern und von 3 bis 4 Quadratmeilen Staatsgebiets. Dafür seien auf Sylt und an anderen Orten Gelder bewilligt worden. — Minister Friedenthal erinnert daran, daß er bei Berathung des Dotationsgesetzes gesagt habe, es würden immer vom Staate Gelder für dringende Schutz- und Meliorationszwecke aufgewendet werden müssen. Nun habe er aber einen Dispositionsfonds nur für Vorarbeiten. Nach dem Dotationsgesetz sei also von der Regierung ganz correct verfahren worden, indem sie zuerst die Provinz zur Leistung heranzog. Es finden jetzt jedoch im Schooß der Staatsregierung darüber Erwägungen statt, ob man nicht für diese Zwecke Gelder von der Landesvertretung erbitten wolle, ein Beschluß sei noch nicht gefaßt. — Darauf wird der Antrag der Budgetcommission angenommen.

Fortsetzung der Berathung des Etats des Cultusministeriums.

Zu Kap. 123. Tit. 6. („Zuschuß zur Universität 268 170 ℳ") beantragt Abg. Virchow: Die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung die Zusage, welche sie schon im vorigen Jahre dem Hause ertheilt hat, eine Denkschrift über die rechtliche Stellung des hannoverschen Klosterfonds vorzulegen, in der nächsten Session erfüllen, und daß sie ohne Mitwirkung des Landtages keine definitiven Verfügungen über die Art der Rechnungslegung und Verwendung treffen werden. — Abg. Virchow betont, daß schon in früheren Jahren dieser Wunsch an die Staatsregierung gerichtet worden sei, leider ohne Erfolg. Die Regierung habe ohne Genehmigung des Landtags aus den Mitteln des Klosterfonds einen Bau, welcher auf ½ Million ℳ veranschlagt worden sei, angefangen. Nachdem ihr das Geld aus jener Quelle ausgegangen sei, fordere sie von der Landesvertretung die zur Vollendung nöthigen Gelder. Das Haus komme so in die Zwangslage, entweder die geforderten Gelder zu bewilligen, oder einen Ruinenbau stehen zu lassen.

Abg. Lauenstein gesteht zwar zu, daß durch ein Verfahren, wie es der Abg. Virchow charakterisirt, das Budgetrecht des Landtages in gewisser Beziehung illusorisch gemacht werde, kann sich aber trotzdem nicht für den Schlußsatz des Antrages erklären, weil das Haus noch nicht über die staatsrechtliche Stellung des Klosterfonds schlüssig geworden sei. — Ministerialdirector Greiff verspricht die Vorlegung der beantragten Denkschrift in umfassendem Maßstabe bis zum nächsten Etat. Abg. Virchow zieht den Schlußsatz seines Antrages zurück; der so modificirte Antrag wird darauf angenommen.

Zu Tit. 9 (Zuschuß für die theologische und philosophische Akademie in Münster 98,989 Mk.) beklagt Abg. v. Heereman, daß der confessionelle Character der katholischen Akademie verwischt sei und daß in Folge dessen die Frequenz derselben abgenommen habe. Redner betont, daß er nur aus großer Höflichkeit gegen das Haus seinen Vortrag beschränke, daß aber keineswegs der von der Gruppe Köhler-Lasker-Sybel-Wehrenpfennig in Aussicht gestellte Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung ihn beeinflusse. — Abg. v. Sybel bestreitet, daß der confessionelle Charakter der Academie in Münster vermischt werde. Für die Besetzung wissenschaftlicher Lehrstühl dürfe die Confession nicht maßgebend sein. Die Regierung habe im Interesse der Wissenschaft den Katholiken Windscheid an die protestantische Universität Greifswald berufen. (Ruf: Altkatholik!) Es geschah zu einer Zeit, als das genus der Neukatholiken noch gar nicht existirte. Jetzt sei es für die Regierung sehr schwer, geeignete Lehrkräfte neukatholischer Confession zu bekommen, da neun Zehntel von den Männern der Wissenschaft unter den Katholiken jetzt Altkatholiken wären. Wenn der Vorredner beklage, daß die katholischen Gelehrten zurückgesetzt werden, so habe die Statistik bewiesen, daß solche eben bei weitem seltener seien; auch die Frequenz der katholischen Schüler auf Gymnasien betrage nur die Hälfte des Procentsatzes der Protestanten. Die Wiener, die Pariser und Petersburger Academie der Wissenschaften zeige unter den deutschen correspondirenden Mitgliedern nur ⅕ katholische und ⅘ protestantische. So komme die Regierung von selbst in die Lage, protestantische Gelehrte an katholische Universitäten berufen zu müssen und dem richtigen Grundsatze zu folgen, daß der Taufschein für die Wissenschaft nicht maßgebend sei.

Zu dem Kapitel: Gymnasium beschwert sich lebhaft Abg. Kantak, daß in einzelnen posenschen Gymnasien nicht mehr Religions-Unterricht ertheilt, gleichwohl aber die Genehmigung, den Schülern Privatunterricht ertheilen zu lassen, von der vorherigen Genehmigung des Provinzial-Schulcollegiums abhängig gemacht werde, während doch ein angestellter Geistlicher eo ipso sich zum Religionslehrer qualificire. — Geh. Rath Stauder weist, indem er auf die vom Vorredner angeführten Specialfälle näher eingeht, die Angriffe desselben gegen die Schulmänner der Provinz Posen zurück. Die Regierung beklagt die gegenwärtige Lage des Religions-Unterrichts in der Provinz Posen, dieselbe sei jedoch durch den Widerstand des ehemaligen Erzbischofs und des dortigen Clerus geschaffen.

Zu Tit 2 („Beschlüsse zu den vom Staate zu unterhaltenden Anstalten und Fonds") wünscht Abg. Rauthe eine gerechtere Berücksichtigung der Commune in Bezug auf die staatlichen Zuschüsse zu den Kosten der höheren Unterrichtsanstalten. — Abg. Zimmermann constatirt, daß der Fiscus den Berliner höheren Lehranstalten die allermindesten Zuschüsse von allen Lehranstalten gebe. Redner ist der Meinung, daß trotz der großen Opfer, welche die Stadt Berlin im Interesse ihrer Bürger für die höheren Lehranstalten gebracht habe, das Cultus-Ministerium sich seiner Verpflichtung entzogen habe. Die Commune habe nur die gesetzliche Verpflichtung für den Elementarunterricht zu sorgen. Die Stadt gebe für die höheren Lehranstalten in Berlin fast das Doppelte wie der Staat. Trotzdem mache das Cultusministerium keine Anstalt, seinen Verpflichtungen in größerem Maßstabe nachzukommen. Seit dreißig Jahren seien keine weiteren staatlichen höheren Lehranstalten in Berlin etablirt worden und trotz aller Anträge der Communalbehörden leugne man im Cultusministerium die Bedürfnißfrage. — Geh. Rath Bosse erkennt die Opferwilligkeit der Berliner Communalbehörden an, bestreitet aber die Behauptung des Vorredners, daß die Regierung in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit nicht thue.

Darauf vertagt sich das Haus um 11¼ Uhr bis Sonnabend 10 Uhr.

30. Sitzung vom 24. Februar.

Zweite Berathung des der Budgetcommission überwiesenen Gesetzentwurfs, betreffend die Verwendung von Beständen für außerordentliche Bedürfnisse der Bauverwaltung im Etatsjahr 1877/78 und die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Ausgaben für Bauausführungen auf den Staatseisenbahnen.

Referent Hammacher: Erstens sollen für die kräftigere Fortsetzung von Hafenbauten, sowie anderer mit der Aufbesserung unsere Schifffahrt in Zusammenhang stehender Institute die durch den Etat für zur Anlage eines Canals vom Mauersee nach Allenburg und zur Canalisirung der oberen Netze von Nakel bis zum Goplosee ausgebrachten Beträge von 2 100 000 ℳ, soweit sie bisher nicht verausgabt sind, zur Verwendung gelangen; und zweitens sollen Mittel für die extraordinären Bedürfnisse der Eisenbahnen durch Aufnahme von Anleihen in Höhe von 6 238 500 ℳ beschafft werden. Was den zweiten Theil anbetrifft, so waren hierfür seit 1873 die Mittel im Extraordinarium ausgeworfen worden, so 1874: 34 Millionen, 1875: 26 Millionen, welche Summen für große Neubauten verwendet wurden; doch war es Allen klar, daß jene großen Bedürfnisse nicht fortdauernd durch Extra-Ordinarien gedeckt werden könnten, sondern, daß man hierfür zur Aufnahme von Staatscrediten sich entschließen müßte, und so verminderte sich denn das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung 1876 auf 3 639 000 ℳ und ist für 1877 auf nur 1 160 000 ℳ veranschlagt. Dagegen fordert man von uns durch diese Vorlage die Genehmigung von Anleihen. Die Commission hält diesen Weg für den richtigen; sie constatirt zugleich, daß es geradezu eine Schädigung der Eisenbahnen sein würde, wenn die Fortführung verschiedener Bauten, wie der Elbbrücke zu Ohnsdorf, für die bisher 600 000 ℳ bewilligt worden und 1 300 000 ℳ erforderlich sind, nicht rasch in Angriff genommen würde, und sie findet die Höhe der geforderten Summe angemessen. Was den ersten Theil anlangt, so waren durch den Etat für 1874 zur Amelioration der oberen Netze 2 100 000 ℳ bewilligt worden; doch da jenes Project noch nicht hat zur Ausführung gelangen können, und das Geld nutzlos liegen bleiben würde, so sollen die Mittel für Hafenbauten zur Verwendung gelangen, jedoch knüpft die Commission an ihre Zustimmung hierzu die Bedingung, daß jenes Project nicht von der Regierung aufgegeben werde. Schließlich ersucht sie die Regierung um Vorlegung eines Bauplanes für den nächsten Etat, damit das Haus in Uebereinstimmung mit der Regierung die Möglichkeit einer völligen Durchführung aller angefangenen und noch projectirten Unternehmungen berathen könne.

Abg. v. Saucken (Tarputschen): Infolge eines Antrags des Abg. Dohrn, nach welchem das Project der Anlage eines Canals von Mauersee bis Allenburg in unabsehbare Ferne gerückt scheint, ist unter den Anwohnern jener Gegend große Unruhe entstanden, und ich möchte deshalb den Minister bitten, hier eine Erklärung abzugeben, weshalb sich die Ausführung jenes Unternehmens verzögert hat.

Handelsminister Achenbach: Ich kann nur wiederholen, daß die Verhandlungen über den Masurischen Canal gegenwärtig noch schweben und keineswegs aufgegeben sind. In den sechsziger Jahren waren 1 600 000 Thlr. für das Unternehmen veranschlagt worden, jetzt hat sich jedoch, besonders wegen der Schwierigkeit des Ankaufs von Grundstücken herausgestellt, daß sich die Veranlagung auf 10 Mill. ℳ belaufen wird, deshalb hat die Regierung den Oberpräsidenten beauftragt, Informationen darüber einzuziehen, ob nicht eine Ersparniß durch andere Dispositionen erzielt werden könne. Die Abgeordneten jener Kreise kann ich jedoch nur bitten, bei den Eigenthümern der Grundstücke dahin zu wirken, daß die Schwierigkeiten möglichst wegfallen.

Abg. v. Wilamowitz-Möllendorff beantragt, von den für Wasserbauten zu verwendenden 2 100 000 ℳ nur 1 500 000 ℳ zu bewilligen, dagegen den Rest von 600 000 ℳ für seinen ursprünglichen Zweck, die Canalisirung der oberen Netze zu belassen. Durch private Mittheilungen von Mitgliedern der dortigen Ameliorationsgesellschaften seien die Regierungscommissare informirt worden, daß sie für die Erlangung der Grundstücke sich am besten an die Kreistage zu wenden hätten. Trotzdem seien von Seiten der Regierung noch keinerlei Verhandlungen mit diesen angeknüpft.

Abg. v. Benda berichtet über eine Petition, welche sich gleichfalls für die Reservirung der ausgeworfenen Summe ausspricht. Er empfiehlt, nach den früheren Erklärungen des Ministers, dieselbe durch Annahme des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären. Die Besorgniß des Vorredners, die Ausführung der Canalisirung der oberen Netze könne wieder auf unbestimmte Zeit in Frage gestellt werden, sei unbegründet, da die Budget-Commission bereits den Beschluß gefaßt habe, das Werk durch eine Anleihe zu fördern.

Ref. Abg. Hammacher bittet ebenfalls, den Antrag abzulehnen. Der Weg der Anleihe liege im Interesse des Unternehmens selbst, denn da dasselbe 8 Mill. erfordere, so sei gar Nichts erreicht, wenn man jetzt 600 000 Mk. verwende, und im nächsten Jahre die Arbeit liegen lassen müsse, weil im Etat keine Mittel disponibel gemacht werden könnten.

Der Gesetzentwurf wird hierauf unverändert angenommen und die Petition für erledigt erklärt.

Namens der Budgetcommission referirt darauf der Abg. Hammacher über den Antrag, des Abg. Haken: „Das Haus wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, a. mit dem nächsten Etat eine Uebersicht der im Gange befindlichen Bauten bei Schiffsahrtscanälen, Schleusen und Häfen vorzulegen, aus welcher namentlich hervorgeht, wie hoch diese Projecte veranschlagt sind, bis wie weit die Ausführung vorgeschritten ist, und binnen welcher Zeit die Vollendung bewirkt werden kann; b. mit dem nächsten Etat einen Finanzplan vorzulegen, welcher die Beschaffung der zu den unter a erwähnten Bauten erforderlichen Mittel eventuell im Wege der Anleihe bezweckt, dabei auch auf die Beschaffung der Mittel für die Ausführung eines Canals von Mauersee nach Allenburg, sowie für die Canalisirung der oberen Netze bis zum Goplosee Bedacht zu nehmen." — Abg. Lasker: Gegen den Gedanken auch für Wasserbauten eine Anleihe aufzunehmen, habe ich an sich nichts einzuwenden; ganz etwas Anderes ist es aber, ob ein einzelnes Mitglied hier im Hause einen derartigen Gedanken ausspricht, oder ob das Haus denselben zu seinem Beschlusse und dadurch zu einem Staatsacte erhebt. In letzterem Falle pflegt gewöhnlich die Regierung, wenn sie dem Beschlusse Folge giebt, die daraus resultirenden Vortheile sich zuzuschreiben, die Nachtheile aber werden auf die Initiative des Hauses zurückgeschoben. Das Haus sollte daher in Stellung von allen Anträgen dieser Art, die den Staatscredit belasten, ganz besonders vorsichtig sein. Die Behauptung, die Aufnahme einer Anleihe für Hafen- und Canalbauten sei ebenso berechtigt wie die für Eisenbahnen, trifft durchaus nicht zu. Die Eisenbahnen sind eine von Hause aus productive, zinsentragende Anlage, von Häfen und Canälen aber weiß Jedermann, daß ihre Einnahmen für gewöhnlich nicht einmal die Erhaltungskosten aufbringen. Ich möchte daher den Antrag der Commission dahin amendiren, daß die Worte „eventuell im Wege einer Anleihe" gestrichen werden. — Abg. Kieschke: Ich bitte dringend, den Commissionsantrag unverkürzt anzunehmen. Es ist durchaus nicht gerechtfertigt, die Productivität einer Anlage allein nach den sofort sichtbaren Zinsen, die sie trägt, bemessen zu wollen. Gute Häfen und Canäle sind sicherlich auch productiv, nur daß sich die Zinsen dabei nicht sofort direct, sondern indirect in der Hebung des Wohlstandes der betreffenden Provinz und der betheiligten Kreise offenbaren. (Sehr richtig!) — Der Antrag der Commission wird darauf, unter Ablehnung des Amendement Lasker, unverändert angenommen.

Das Haus setzt sodann die Berathung des Etats des Cultusministeriums fort. Hinter Kap. 124 („Gymnasium und Realschulen" Tit. 5 („Bedürfnißzuschüsse des Staates") beantragt Abg. Miquel folgende Bemerkung einzuschalten: „Die Zuschüsse des Staats kommen auch in dem Falle zur Auszahlung wenn in Folge der Erhöhung der Schulgeldsätze ein Ueberschuß in der Jahresrechnung der Schulkasse entstanden ist. — Abg. Miquel: Die Regierung befolgt gegenwärtig das System von denjenigen höheren Lehranstalten, denen sie die Bedürfnißzuschüsse gewährt, alle Ueberschüsse in den Einnahmen, die sich beim Abschluß der Jahresrechnung dieser Anstalten ergeben unweigerlich für die Staatskasse zu reclamiren. Durch diese in keiner Weise zu rechtfertigende Maßregel wird den communalen Behörden und Vorständen dieser Anstalten jede Freudigkeit der Selbstverwaltung genommen und sie rein zu Agenten für die Staatsregierung gemacht. Es sind in Folge dieser Maßregel die größten Unzuträglichkeiten und erbitternde Differenzen zwischen den communalen Vorständen der Anstalten und der Staatsregierung entstanden zum größten Schaden für die Lehranstalten selbst. Diesem Zustande eine Abhilfe zu verschaffen, bezweckt mein Antrag. Das einzig vernünftige System scheint mir das der Einführung und Feststellung längere Perioden für die Gewährung der Zuschüsse zu sein, so daß also der Staat erklärt: Wir untersuchen die Frage der Leistungsfähigkeit und des Bedürfnisses dieser Anstalten und bestimmen danach den Zuschuß auf die Dauer von etwa 5 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit behalten wir uns eine neue Prüfung bez. eine neue Feststellung der Höhe des Zuschusses vor. Innerhalb dieser Zeit aber ist die Verwaltung der Anstalten völlig frei in der Verwendung der Einnahmen. In vielen Gemeinden hat sich die Erhöhung des Schulgeldes in den oberen Klassen dieser Anstalten, welches seit 30 bis 40 Jahren unverändert geblieben ist, obwohl bekanntlich alle Preise des Materials und der Gehälter seitdem auf mehr als das Doppelte gestiegen sind, als eine dringende Nothwendigkeit herausgestellt. Die Gemeinde kann aber diese Maßregel nicht beschließen, weil die Regierung erklärt, alle Erträgnisse der Erhöhung des Schulgeldes müßten der Staatskasse überwiesen werden, widrigenfalls der Zuschuß des Staates aufhöre. — Geh. Rath Bosse: Das bisherige System des Zuschußwesens beruht auf dem Grundgedanken, daß der Staat, abgesehen von den Zuschüssen, die auf einer rechtlichen Verpflichtung beruhen, nur da helfend eintritt, wo eine wirkliche Noth, ein wirkliches Bedürfniß vorhanden ist. Aus diesem Begriff des Zuschusses ergiebt sich aber mit logischer Nothwendigkeit die Consequenz, daß die Ueberschüsse, die solche Anstalten gewähren, von den Zuschüssen als solche abzuziehen sind oder, mit anderen Worten, dem Staate zufallen müssen. Die Regierung kann demnach nur dringend bitten, den Antrag abzulehnen. — Nachdem als Vertreter des Finanzministeriums auch der Geh. Rath Scholz sich vom finanziellen Standpunkt entschieden gegen den Antrag Miquel ausgesprochen, bemerkt Cultusminister Falk: Ich glaube, daß die Ueberweisung des Antrages Miquel an die Budgetcommission ein erhebliches Hinderniß für den rechtzeitigen Abschluß unserer Etatsberathung bieten würde. Daß die Angelegenheit keine einfache ist, haben Sie wohl schon aus der Rede meines Commissars entnommen und deshalb möchte ich das Haus bitten, falls sich jetzt schon Gründe für die Ablehnung finden sollten, denselben jetzt Folge zu geben. Diese Materie muß einheitlich im Zusammenhange mit der gesammten Unterrichtsgesetzgebung geregelt werden; die nöthigen Vorschläge sind in meinem Ministerium ausgearbeitet und werden nächstens an das Staatsministerium gelangen. Ob eine Erhöhung des Schulgeldes statthaft sei, muß nach dem Gutachten der Provinzial-Schulcollegien, nach den Bedürfnissen der concreten Fälle beurtheilt werden. Die Schulcollegien betonen, daß eine Erhöhung des Schulgeldes eine Verminderung der Frequenz herbeiführen müsse, und daß dies thatsächlich schon in einzelnen Fällen geschehen sei. — Aus Rücksicht auf die Geschäftslage beantragt der Abg. Stengel Uebergang zur Tagesordnung, während der Abg. v. Benda ersucht, den Antrag zurückzuziehen. In Anbetracht dieser Gründe zieht der Abg. Miquel seinen Antrag zurück. — Abg. Franssen beklagt sich darüber, daß das Schulcollegium zu Coblenz den von dem Hause für die Schule zu Malmedy bewilligten Zuschuß von 1500 ℳ zum Theil wieder zurückgezogen habe. — Geh. Rath Bosse bemerkt, daß sich beim Schuletat ein Ueberschuß ergeben habe, und daß in Folge dessen von der Regierung ein Theil des Staatszuschusses zurückgezogen sei. — Abg. Miquel wiederholt, daß ein derartiges Verfahren ganz unhaltbar sei, da die Gemeinden auf solche Weise in Bezug auf die Schulfragen nicht selbstständig, sondern Agenten des Ministeriums seien.

Abg. Wehrenpfennig referirt über zwei Petitionen der Lehrer des Progymnasiums zu Linz a. R. und des Gymnasiums zu Stendal, welche um Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen bitten. Er schlägt vor, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, doch solle dies nicht den Sinn haben, als ob man das Bedürfniß nicht anerkenne, sondern weil das Haus nicht in der Lage sei, über einen einzelnen Fall in dieser Beziehung Entscheidung zu treffen. Doch müsse er die Regierung ersuchen, ihrerseits in möglichst großem Maßstabe mit der Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzugehen. — Geh. Rath Bosse erkennt das Bedürfniß an, doch sei die Regierung denjenigen Städten gegenüber, welche sich weigerten, ihren Theil an den Zuschüssen beizutragen, ganz außer Stande, nach ihrem Willen vorzugehen. — Der Antrag der Commission wird angenommen, und Titel 5—8 unverändert genehmigt.

Bei Tit. 9: „Zuschüsse zur Unterhaltung höherer Mädchenschulen 80 000 Mk." erklärt. Abg. Franz daß er nicht gesonnen sei, in solcher Höhe Zuschüsse für Schulen zu gewähren, welche, wie die gegenwärtigen, reine Interessentenschulen seien. Er könne für katholische Mädchenschulen keine Staatszuschüsse annehmen, weil durch den Zuschuß von einigen hundert Mark die Regierung stets das Recht für sich in Anspruch nehme, sich in die gesammte Verwaltung hineinzumischen. —

Geh. Rath Schneider betont, daß die vorliegende Summe die Mittel zur Heranziehung und Heranbildung von Lehrerinnen gewähren sollte, welche bestimmt seien, einen Ersatz für den am 31. Mai 1879 durch Ablauf der Bestimmung des Ordensgesetzes und den definitiven Austritt der Ordensschwestern von jenen Schulen eintretenden Ausfall an Lehrerinnen zu decken. — Der Titel wird genehmigt.

Zu Kap. 125 (Elementar-Unterrichtswesen, Schullehrer-Seminare) sucht Abg. Perger in längerer Rede darzulegen, daß nach den Aussprüchen großer Männer in der preußischen Schulverwaltung die Tendenz herrsche, den Katholicismus zu vernichten. Die jetzige Handhabung der Schulaufsicht, sowie die Abschaffung der confessionellen Elementarschulen seien die geeigneten Mittel dazu. — Abg. Seyffardt: Ich muß protestiren gegen die Art und Weise, wie hier von Seiten der Redner des Centrums über den Volksunterricht gesprochen ist. Der Abg. Franz hat neulich gesagt, wir hätten die Schule vergiftet, wir zwängen mit asiatischer Despotie die katholischen Kinder in confessionslose Schu-

ken und heute schon schallen uns diese provokatorischen Phrasen als Echo aus den katholischen Landestheilen zurück. Wir alle wissen ja, daß diese Redewendungen nichts anderes sind, als jene schrofferen Mittel, mit denen, nach der Ansicht des Abg. Röckerath jetzt der Culturkampf geführt werden soll. Der Ton der Debatten in den letzten Tagen hat es ja gezeigt, daß der Stern meines rheinischen Collegen bereits hoch genug am clericalen Himmel gestiegen ist, um den Glanz der Perle von Meppen zu verdunkeln. Der Abg. Bachem hat neulich gesagt, wir verständen unsere gegenseitige Sprache nicht mehr. Wenn das irgendwo wahr ist, so ist es in Bezug auf den Elementar-Unterricht. Die Zukunft gehört uns. Sie haben die Kinder erzogen zu willenlosen Gliedern des römischen Weltreiches, wir wollen sie erziehen zu nützlichen bürgerlichen Gliedern unseres preußischen und deutschen Vaterlandes. (Beifall.) Die Zukunft gehört uns; denn schon haben wir Bresche in Ihre eigenen Reihen gelegt; die Lehrer sind für uns. Seit dieselben nicht mehr durch die geistliche Schulaufsicht gezwungen sind, eine Generation zu erziehen, welche an krassem Wunder- und Aberglauben mit den Pilgern von Lourdes und seiner deutschen Versuchsstation Marpingen wetteifert (Lebhafter Beifall links, Unruhe im Centrum), fühlen sie sich individuell und in ihrem Stande gehoben. Und wer kann sich darüber wundern? Die Volksschule und ihre Lehrer haben höhere Ziele bekommen unter dem weltlichen Systeme des gegenwärtigen Cultusministers und unter der Controlle seiner Pioniere, der weltlichen Schul-Inspectoren. (Lebhafter Beifall.) — Abg. v. Stablewski beklagt sich darüber, daß in Adelnau von einem protestantischen Lehrer ein Lesebuch in der katholischen Schule eingeführt sei, welches Luther auf dem Reichstage zu Worms mit der Carricatur eines Mönches zeige; ferner, daß von einem Kreisschul-Inspector ein Heiligenbild aus der Schule entfernt worden sei, sowie, daß ein anderer Schulinspector es sogar versucht habe, bei den Lehrern Unterschriften gegen die Infallibilität zu sammeln. Auch die Unterdrückung der polnischen Sprache werde von vielen Schulinspectoren in den polnischen Landestheilen als ihre Hauptaufgabe betrachtet. In der heutigen „Voss. Ztg." werde ein Schmerzensschrei über die Unterdrückung der Deutschen in den russischen Ostsee-Provinzen ausgestoßen, aber die deutsche Regierung gebe durch ihr Auftreten gegen die Polen selbst das Beispiel dazu und trage deshalb die Verantwortung für jenen Zustand. — Titel 1 wird genehmigt.

Bei Tit. 2 beschwert sich der Abg. Franz darüber, daß ein Seminar-Lehrer zu Rosenberg wegen der Wahl eines ultramontanen Abgeordneten abgesetzt worden sei. Das Vorgehen des Directors habe es auch bewirkt, daß das Seminar, welches auf 75 Mitglieder berechnet sei, nur noch 43 Besucher habe. — Geh. Rath Wätzoldt erklärt, daß das angegebene Factum durchaus nicht der Grund der Entlassung gewesen sei. Es folge dies schon daraus, daß man gar nicht wissen könne, in welchem Sinne der Betreffende gewählt habe. Der Grund sei vielmehr der gewesen, daß er zu wiederholten Malen die Haus- und Lehrordnung durchbrochen habe, eine die bekannte Luise Lateau verherrlichende Schrift zum Gegenstand des Unterrichts gemacht (Hört! Hört!) und schließlich der Prüfungscommission erklärt habe, daß er offen in den Reihen der Ultramontanen stehe, eine Stellung, die ein Seminarlehrer, der preußische und deutsche Schullehrer auszubilden habe, nicht einnehmen dürfe. (Sehr richtig.) — Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich fühle mich verpflichtet, den in der ganzen Gegend um Rosenberg sehr geachteten Director Dr. Weiß in Schutz zu nehmen und kann nur die Ausführungen des Regierungscommissars vollständig bestätigen, daß der Lehrer Jadzko dem Director offenen und geheimen Widerstand entgegengesetzt hat. Daß das Seminar augenblicklich schwächer besucht ist, als eigentlich berechnet worden, liegt an dem Mangel an Raum, an dem Umstand, daß in Oppeln zu gleicher Zeit vier neue Seminare entstanden sind, sowie auch zum Theil an dem Conflict, welchen die Geistlichen täglich herbeiführen. Man kann wohl ein ultramontanes Seminar und man kann ein staatskatholisches Seminar errichten, aber daß ein Seminar gleichzeitig ultramontan und staatskatholisch sein könne, das wird doch selbst nach der Auffassung des Abg. Franz nicht geben. (Beifall.)

Bei Tit. 5 (zu Unterrichtsmitteln 85 411 M.) hebt der Abg. Kiesel die Verdienste des Cultusministers für das Lehrerbildungswesen hervor, die auch im gegenwärtigen Etat ihren Ausdruck finden. Diese Verdienste seien um so mehr anzuerkennen, als das Lehrerwesen bisher außerordentlich vernachlässigt worden sei. Dadurch sei der Lehrerstand in Mißcredit gekommen, sowohl beim niederen Volke, welches meistens dann seine Söhne für das Lehrerfach für geeignet halte, wenn sie zu anderen Berufszweigen nicht taugen, als auch bei den gebildeteren Klassen, wofür er als drastisches Beispiel anführe, daß ein Staatsanwalt in einem Steckbrief gegen einen Vagabonden als besonderes Kennzeichen anführe: „Er sieht aus wie ein Schullehrer." (Große Heiterkeit.) Solche Zustände würden durch die jetzige Leitung der Unterrichtsverwaltung und hoffentlich noch mehr durch das künftige Unterrichtsgesetz beseitigt werden. — Abg. Röckerath beantragt: Die Staatsregierung aufzufordern, an Stelle der „zeitweiligen Gehaltszulagen für ältere Lehrer" in Zukunft nur dauernde Gehaltszulagen zu gewähren. — Dagegen beantragt Abg. Kiesel: Die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Ertheilung der Alterszulagen an die Lehrer baldigst nach bestimmten Grundsätzen gesetzlich geregelt, insbesondere, daß diese Gehaltszulagen als dauernde gewährt werden. — Abg. Meyer-Arnswalde beklagt sich lebhaft über die drückende Last, die den Landgemeinden durch die exorbitante Erhöhung der Gehälter der Elementarlehrer in den letzten Jahren aufgebürdet worden sei, und bittet die Regierung dringend, auf diesem Wege der Erhöhung der Lehrergehälter endlich einzuhalten. — Abg. v. Köller spricht gleichfalls seine Verwunderung darüber aus, daß von den Dorfschullehrern trotz der vom Landtage gewährten Aufbesserungen noch so vielfach Unzufriedenheit mit ihren Gehaltsverhältnissen an den Tag gelegt werde, wie die zahlreichen Petitionen und Beschwerden aus diesen Kreisen beweisen. Er bittet die Regierung, vor Allem richtigere Einkommensnachweisungen und Formen der Einschätzung herzustellen, damit man prüfen könne, ob in der That diese Beschwerden und Klagen begründet seien. Es sei eine zwar sehr verbreitete, aber durchaus irrige Anschauung, daß die Lehrer im Allgemeinen sich in schlechten und unerträglichen Verhältnissen befinden. Dies sei nur zu einem kleinen Theile bei den älteren Lehrern, die bereits eine zahlreiche Familie haben, der Fall, keineswegs aber bei der zahlreichen Klasse der jungen Lehrer, die eben erst aus dem Seminar entlassen sind und in eine für ihre Verhältnisse sehr günstige Lage eintreten. — Cultusminister Falk: Auch ich theile durchaus die Auffassung, daß es kein sehr glückliches Verhältniß sei, wenn ein Mann, der als junger Lehrer eine bestimmte, feste Einnahme erhält, nach langer Zeit bei völlig veränderten persönlichen Bedingungen in diesem Gehalt verbleibt, dies ist ja eben eines der Momente, welche die Gewährung von Alterszulagen begründen. Andererseits ist aber nicht zu vergessen, daß es schließlich doch immer gewisse Minima der Gehälter geben muß, unter die man unter allen Umständen nicht heruntergehen darf. (Sehr richtig!) Die Mangelhaftigkeit der Einkommens-Nachweisungen kann zugegeben werden, doch ist dieselbe vielfach durch die Natur der Sache bedingt. Eine absolut richtige Abschätzung des Einkommens ist namentlich in allen den Fällen, wo das Einkommen der Lehrer zum Theil auf Gewährung von Naturalien und Pacht von Ländereien beruht, rein unmöglich. 1. Mit dem Antrag Kiesel kann die Regierung nur dann sich einverstanden erklären, wenn derselbe in dem Sinne vom Hause aufgefaßt wird, daß die Regelung dieses Gegenstandes durch das zu erwartende Unterrichtsgesetz geschehe. — Der Antrag Kiesel wird darauf angenommen, der des Abg. Röckerath abgelehnt.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der Debatte bis Abends 7 Uhr.

(Die Abendsitzung des Abgeordnetenhauses vom 24. Februar und die Sitzung des Herrenhauses von demselben Tage befinden sich in der Beilage.)

Danzig, 26. Februar.

Das Abgeordnetenhaus beschloß vorgestern, den Anträgen der Budgetcommission gemäß, dem Anleihegesetz zu Zwecken des Wasser- und Eisenbahnbaues seine Zustimmung zu geben. Dabei wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Vorlage lediglich als ein extraordinärer Zuschuß zu den betreffenden Etats zu betrachten sei. Das Unzureichende dieser Nothvorlage findet seinen Ausdruck in der darauf angenommenen Resolution, die für die Wasserbauten eine generelle Vorlage fordert, in welcher die für deren Vollendung nothwendigen Geldmittel klargestellt und beschafft werden. Dabei wurde als unzweifelhaft hingestellt, daß eine ausreichende Beschaffung dieser Mittel nur im Wege einer Anleihe möglich sei. Die Einwendungen des Abg. Lasker gegen den bezüglichen Passus der Resolution richteten sich nur gegen die Zweckmäßigkeit, eine solche Anregung als Beschluß des Hauses an die Regierung gelangen zu lassen, nicht aber dagegen, daß überhaupt der Weg der Anleihe für Wasserbauten beschritten werde.

Am Sonnabend ist endlich im Abgeordnetenhause noch die Berathung des Cultusetats und damit die zweite Lesung des Etats beendigt, der heute schon die dritte folgt. Die zweite Lesung, besonders die des Cultusetats, war fast ganz mit unendlichen, in allgemein maßlosen Vorwürfen sich haltenden Reden der Centrumspartei angefüllt. Die realen inneren und äußeren Schulfragen konnten dabei kaum zur Geltung kommen. Nur der wichtige Antrag Miquel, den der Antragsteller zuletzt mit Rücksicht auf die Geschäftslage für diesmal zurückzog, rief vorgestern eine sehr interessante Discussion über das jetzige unhaltbare Verfahren des beihilfeleistenden Staats gegenüber den Communen und ihren Lehranstalten hervor. Das Haus erklärte sich ferner für den Antrag der nationalliberalen Abgg. Kiesel und Genossen auf gesetzliche Regelung der Alterszulagen. Man war allgemein einverstanden, daß diese Regelung eine der vielen Aufgaben des künftigen Unterrichtsgesetzes und daß in diesem die jetzigen unzureichenden Alterszulagen erhöht werden müssen; denn nicht der junge Lehrer, sondern der ältere ist es, der, sobald die Staatsmittel es irgend zulassen, in seiner Lage noch verbessert werden muß. Einen kräftigen Protest gegen die ultramontane Leidenschaft, die soweit ging, von einer „Vergiftung" der deutschen Volksschule durch das Falk'sche Unterrichtssystem zu sprechen, erhob der Abg. Seyffart, am Rhein hochgeachtet durch seine persönlichen Verdienste um das Schulwesen seiner Stadt. Nicht die katholische Familie, sondern nur die politische Partei sei die Leidtragende über das heutige System, welches die Schule ihrem bürgerlichen Zweck zurückgegeben habe, und es gebe der katholischen Lehrer sehr viele, welche sich über die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht freuten, weil sie auch nicht wollten, daß in ihren Schulen ein Geschlecht erzogen werde, welches an Aber- und Wunderglauben mit Lourdes und der deutschen Versuchsstation Marpingen wetteifere.

Das Herrenhaus hat am Sonnabend nach dreitägiger Verhandlung den ihm zuerst zugegangenen Gesetzentwurf wegen der Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungs- und Besserungs-Anstalten und in geeigneten Familien erledigt. Seitdem das Strafrecht in Deutschland Kinder unter zwölf Jahren freiläßt, ist hier ein Bedürfniß hervorgetreten, dessen Befriedigung die jüngste Strafgesetz-Novelle ausdrücklich den Einzelstaaten zuweist. Die Regierung hat ihre Vorlage nicht sehr geschmackvoll als „einen ersten Schritt zur Lösung der socialen Frage" bezeichnet; sie hätte wohl besser gethan, abzuwarten, ob die Früchte des neuen Gesetzes dasselbe als einen wirklichen und wesentlichen Beitrag zur Erfüllung dieser vielumfassenden Aufgabe herausstellen werden. Ein Schritt in der rechten Richtung dürfte es allerdings sein. Das ist auch im Herrenhause von allen Rednern anerkannt worden, bis auf den einsamen Wortführer der ultramontanen Partei dort, den Grafen Brühl, der natürlich nur der Kirche die erforderliche Macht über die Seelen zutraute, und dem Staate höchstens erlauben wollte, ihr die jungen Uebelthäter zuzutreiben und durchfüttern zu helfen, anstatt, wie er vorhat, eigens dafür errichteter Fachanstalten oder wohlausgesuchter Familien. Dagegen trat Herr v. Kleist-Retzow neben dem Berichterstatter Prof. Dernburg, Herrn v. Bernuth und anderen Rednern eifrig für das Gesetz ein und erwarb sich um dessen Durcharbeitung Verdienste. Eine Gefahr für das Zustandekommen liegt noch in der Regelung des Kostenpunktes. Die ursprüngliche Vorlage hatte alles auf die Provinzen gewälzt, sowohl die Last der Unterhaltung der Kinder, wie die Kosten der Errichtung neuer eigener Besserungsanstalten. Die Commission zog einerseits den Staat heran, andererseits die Gemeinden. Letztere sollten sich an der Unterhaltungspflicht zu einem Drittel betheiligen, ersterer hieran ebenso, und außerdem an etwa entstehenden Gründungskosten zur Hälfte. Dagegen erhob der Commissar des Finanzministers Einspruch und blieb bei demselben auch vor der entscheidenden Abstimmung stehen. Indessen schien doch durchzuleuchten, daß dies wohl nicht das letzte Wort der Regierung sein werde, wenn nur nicht das Haus dann, den beweglichen Vorstellungen der Herren Hasselbach, v. Knebel-Döberitz und v. Simpson-Georgenburg von der ständig wachsenden Ueberbürdung der Communen nachgebend, mit freilich geringer Mehrheit beschlossen hätte, die Heranziehung der Gemeinden ganz zu streichen. Nicht nur der Referent, auch Hr. v. Kleist hatte dies dringend widerrathen. In der vorliegenden Gestalt wird die Regierung das Gesetz kaum annehmen, es liegt aber doch auch Grund genug zu der Hoffnung vor, daß auf dem Boden des Commissions-Vorschlages in nächster Session eine Verständigung gewonnen werden wird. In dieser Session würde das Abgeordnetenhaus ohnehin schon längst keine Zeit mehr dazu haben. Die Zwischenzeit möge denn u. A. benutzt werden, um die Grenzen zwischen Anstalts- und FamilienPflege noch etwas schärfer und vorurtheilsfreier zu untersuchen, als es im Herrenhause zu geschehen scheint.

Die Gruppirung der Parteien im Reichstage läßt sich jetzt annähernd übersehen. Alle conservativen Nüancen zusammen bringen 80 Mann auf, von denen 43 auf die eigentlichen Conservativen, 37 auf die Freiconservativen kommen, welche Letzteren sich im Reichstage „Deutsche Reichspartei" nennen. Die Fortschrittspartei, der auch der Abg. Berger wieder beigetreten, zählt 33 Mitglieder; sie war vor dem „Fechterstreich", dem Verrathgeschrei wegen des Compromisses, die drittstärkste Fraction, sie folgte nach den Nationalliberalen und dem Centrum; jetzt nimmt sie die fünfte Stelle ein und rangirt nach den beiden conservativen Fractionen. Sie hat deshalb ihre Stelle im Präsidium verloren. Wie sich doch nach manchen Thatsachen die Anschauungen selbst der „unbeugsamen Charaktere" ändern! Die „Voss. Ztg." findet mit einem Male, das dem Centrum Unrecht damit geschieht, wenn es als nicht politische Partei bei der Vertheilung der Präsidiensitze übergangen wird. Als die Fortschrittspartei noch selbst bei der Vertheilung jener Sitze auf Kosten des Centrums bedacht werden konnte, sind ihre Organe niemals zu der Einsicht gelangt, zu der sich die Vossin heute bekennt. Uebrigens hat die Fortschrittspartei einen ihr vom Centrum angebotenen Compromiß abgelehnt, wonach beide Fractionen bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten für einen Ultramontanen, bei der des zweiten für einen Fortschrittsmann stimmen sollten. — Die Nationalliberalen sind trotz ihrer zwei Dutzend Verluste die stärkste Fraction geblieben, sie zählen 121, das Centrum mit seinen Hospitanten 96 Mitglieder.

In der „Kreuzztg." und der „N. A. Z." fordern, wie schon telegraphisch gemeldet, 32 conservative Mitglieder des Reichstages zum Zusammenschluß aller conservativen Elemente zu einer Fraction der „deutschen Conservativen" auf. Unter den Unterzeichnern befinden sich u. A. die Grafen Eulenburg, Moltke, Udo Stolberg, Kleist-Schmenzin, die Herren v. Wedell-Malchow, v. Manteuffel, v. Helldorf, v. Waldow-Reitzenstein, v. Busse, v. Gerlach, v. Woedtke, die Ostpreußen v. Tettau und Wichmann-Nahmgeist, der Westpreuße v. Gordon, der Holzhändler Katz und der Posener Polizeipräsident Staudy. Kurz es sind lauter entschieden Conservative mit Ausschluß der äußersten Rechten, der Herren v. Kleist-Retzow und v. Nathusius-Ludom. Wie die „Post" mittheilt, haben sich Mitglieder der „deutschen conservativen" Partei an die „deutsche Reichspartei" gewendet, um deren Anschluß an die Coalition zu erreichen. Die „deutsche Reichspartei" wird sich am Donnerstag über den betreffenden Antrag schlüssig machen. Bekanntlich haben die „deutschen Conservativen" schon mehrmals der Welt ihren Zusammenschluß verkündet, auch bei dem vorigen Zusammenschluß erging eine gleiche Aufforderung an die Freiconservativen, welche damals den Beitritt zur Coalition ablehnten.

Aus der unter den telegraphischen Nachrichten befindlichen officiösen Petersburger Kundgebung geht hervor, daß die Nachricht, die russische Südarmee werde übermorgen den Pruth überschreiten, das entschiedenste Dementi erfährt. Die Jahreszeit ist freilich auch noch nicht zur Eröffnung des Feldzuges angethan. In Rumänien fürchtet man, daß die Türken in dem Augenblick, wenn die Russen über den Pruth gehen, Kalafat besetzen werden. Das Südufer der Donau läßt sich leicht vertheidigen, weil es fast überall das Nordufer überragt. Eine Ausnahme macht hauptsächlich die Gegend bei Kalafat, darum wäre ein solcher Beschluß der Türken leicht erklärlich.

Der von der russischen Hauptstadt aus inspirirte Brüsseler „Nord" veröffentlicht eine Petersburger Correspondenz, in welcher es u. A. heißt, Lord Derby werde bei Rußland auf kein Entgegenkommen rechnen können, so lange er nicht für den Fall erneuter Weigerungen der Pforte die zu ergreifenden Zwangsmittel feststellt. Die Haltung Englands würde sogar dazu führen können, daß Rußland seine Entschließung beschleunige, um aus einer Lage herauszukommen, die weder der Frieden, noch der Krieg sei, die aber Rußland ohne jede Compensation alle Opfer eines Krieges auferlege.

Deutschland.

△ Berlin, 25. Februar. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Haushaltsetats des deutschen Reichs auf das Etatsjahr 1877/78 liegt nun vor. Er lautet: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen zc. verordnen im Namen des deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt: § 1. Der Haushaltsetat des deutschen Reichs für das Etatsjahr 1877/78 wird in Ausgabe auf 542 841 776 Mk., nämlich auf 414 723 428 Mk. an fortdauernden, und auf 128 118 348 Mk. an einmaligen Ausgaben und in Einnahme auf 542 841 776 Mk. festgestellt. — § 2. Der diesem Gesetze als weitere Anlage beigefügte Besoldungsetat für das Reichsbank-Directorium für die Zeit vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 wird auf 132 000 Mk. festgestellt. — § 3. Der Reichskanzler wird ermächtigt: 1. zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von vierundzwanzig Millionen Mark hinaus, 2. behufs der Beschaffung eines Betriebsfonds zur Durchführung der Münzreform bis zum Betrage von fünfundsiebenzig Mark, Schatzanweisungen auszugeben. — § 4. Die Bestimmung des Zinsgesetzes dieser Schatzanweisungen, deren Ausfertigung der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen wird, und der Dauer der Umlaufszeit, welche den 30. September 1878 nicht überschreiten darf, wird dem Reichskanzler überlassen. Innerhalb dieses Zeitraums kann, nach Anordnung des Reichskanzlers, der Betrag der Schatzanweisungen wiederholt, jedoch nur zur Deckung der in Verkehr gesetzten Schatzanweisungen ausgegeben werden. — § 5. Die zur Verzinsung und Einlösung der Schatzanweisungen erforderlichen Beträge müssen der Reichsschuldenverwaltung aus den bereitesten Einkünften des Reichs zur Verfallzeit zur Verfügung gestellt werden. — § 6. Die Ausgabe der Schatzanweisungen ist durch die Reichskasse zu bewirken. Die Zinsen der Schatz-Anweisungen, sofern letztere verzinslich ausgefertigt sind, verjähren binnen vier Jahren, die verschriebenen Capitalbeträge binnen dreißig Jahren nach Eintritt des in jeder Schatzanweisung auszudrückenden Fälligkeitstermins. — § 7. Die Deckungsmittel für die unter den einmaligen Ausgaben nachgewiesenen Beträge 1) zur Erweiterung der Umwallung von Straßburg 1 300 000 Mk., 2) zur Erweiterung der Militär-Erziehungs- und Bildungs-Anstalten 3 026 500 Mk., 3) zum Bau eines Casernements für die Artillerie-Schießschule in Berlin 400 000 Mk. sind vorschußweise aus dem Reichs-Festungsbaufonds zu entnehmen. Die Rückerstattung dieser Vorschüsse erfolgt zu 1 aus den von der Stadt-Gemeinde zu Straßburg für die entbehrlich werdenden Grundstücke zu entrichtenden 17 Mill. Mk.; zu 2 aus den Verkaufserlösen der Grundstücke des jetzigen Berliner Cadettenhauses und der Kriegsakademie; zu 3 aus dem Verkaufserlöse des alten Casernements der Artillerie-Schießschule." — Bei den Einnahmen fungiren die Matricularbeiträge mit einem Mehr von 25 784 067 Mk. Diese Summe repräsentirt also das ungedeckte Deficit des Etats. Es ist ausdrücklich in den Erläuterungen angeführt, daß die specielle Berechnung und Repartition der Matricularbeiträge in einer noch späteren Anlage erfolgen soll. Dann heißt es wörtlich in den Erläuterungen: „Der volle zur Deckung der Ausgaben erforderliche Betrag an Matricularbeiträgen ist nur vorläufig in Ansatz gebracht, indem es den Berathungen im Bundesrath vorbehalten wird, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs zum Zweck der Herabminderung der Matricularbeiträge in Erwägung zu ziehen." Man hat also zu erwarten, daß bei Berathung des Etatsgesetzes im Bundesrathe diese wichtigen hier avisirten Beschlüsse gefaßt werden möchten und ist auf den Ausgang allerdings sehr gespannt.

— Sr. Maj. Schiff „Friedrich Carl" ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 22. d. M. in Suda-Bay eingetroffen.

— Der Antrag des Dr. M. Hirsch auf Einsetzung einer städtischen Nothstandscommission ist vom Magistrat einstimmig zurückgewiesen worden. Eine andere Petition, nur Berliner Arbeiter fortan bei den städtischen Arbeiten zu beschäftigen, hat der Magistrat gemeint, mit Rücksicht auf die Freizügigkeit und die Gewerbeordnung ablehnen zu müssen.

Kiel, 25. Februar. Briefpost von Stockholm vom 23. d. M., vom Course Malmö-Nässjö vom 24. d. M. und Brief- und Fahrpost von Christiania vom 23. d. M. sind heute ausgeblieben. Ursache unbekannt.

Stuttgart, 23. Februar. Die kleine Session des Landtages, welche sich unbillig große Zeit nahm, um außer Präsidiums- und Commissionswahlen nur eine Gesetzvorlage, die Erhöhung der Apanage des Prinzen Wilhelm, ohne Debatte zu erledigen, ist endlich geschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. Februar. Aus Petersburg, 22., wird der „Presse" berichtet: „Der hiesige Stadtrath hat beschlossen, monatlich 25 000 Rubel an die Soldatenfamilien, deren Häupter im Felde stehen, zu vertheilen. Das slavische Wohlthätigkeits-Comité in Moskau hat 50 000 Rubel, der Thronfolger 150 000 Rubel für die Nothleidenden in Montenegro gespendet. In Petersburg ist die Diphtheritis epidemisch aufgetreten.

Wien, 24. Febr. Nach einer Meldung der „Presse" soll in der General-Versammlung der Creditanstalt eine Abänderung der Statuten in der Weise beantragt werden, daß der Termin von 42 Tagen, der statutenmäßig zwischen der Einberufung und der Abhaltung der Generalversammlung stattzufinden hat, abgekürzt werden soll, da nach dem bisherigen Modus bei der Einberufung der Generalversammlung die Bilanz noch nicht genügend bekannt war, um mit Sicherheit die Vertheilung des Gewinnes auf die Tagesordnung setzen zu können. — Die Lemberg-Czernowitzer Bahn beabsichtigt die Erhöhung ihres Capitals um 1½ Millionen behufs Consolidirung der schwebenden Schuld. — Der Verwaltungsrath der Karl-Ludwigs-Bahn wird, wie die „N. fr. Pr." meldet, bei der Generalversammlung die Auszahlung einer Superdividende von 4⅕ Fl. beantragen. Der verbleibende Ueberschuß von 400 000—500 000 Fl. soll auf die neue Rechnung vorgetragen werden. (W. T.)

— 25. Februar. Wie die „Presse" erfährt, wird der ungarische Finanzminister, abgesehen von dem jüngst mit der Creditanstalt abgeschlossenen Vorschußgeschäfte, zur Deckung der laufenden Ausgaben demnächst eine Finanzoperation vornehmen. Dem Vernehmen nach würde beabsichtigt, die Anleihe in Form einer schwebenden Schuld aufzunehmen. (W. T.)

Schweiz.

Luzern, 24. Februar. Das Pulvermagazin für die Arbeiten bei dem St. Gotthard-Tunnel ist in die Luft geflogen. Zwei Personen sind dabei um's Leben gekommen. (W. T.)

Frankreich.

* Paris, 24. Febr. Der bisherige englische General-Consul in Belgrad, White, traf heute in Paris ein und stattete dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten einen Besuch ab.

Versailles, 23. Februar. Deputirtenkammer. Das Ministerium suchte um die Ermächtigung nach, den Deputirten v. Cassagnac wegen mehrerer von demselben herrührender Artikel, in denen die Republik angegriffen wird, zur gerichtlichen Verantwortung ziehen zu dürfen. Der Antrag wurde an die Bureaux verwiesen. Laisant von der Linken brachte einen Antrag ein, der darauf abzielt, die Militärdienstpflicht auf 3 Jahre herabzusetzen. Die Versammlung beschloß, obschon der Conseilspräsident den Antrag bekämpfte, denselben in Betracht zu ziehen. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 24. Febr. Der „Moniteur Belge" veröffentlicht eine königliche Verordnung, durch welche die Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh und Schafen, die aus Holland kommen, über die Ost- und Nordgrenze verboten wird.

Italien.

Rom, 23. Februar. Die Präliminarbestimmungen zur Regelung künftiger Conclaves sind nunmehr sämmtlich festgestellt und dem Papste

heute vorgelegt worden. Durch dieselben wird das Wesen der Conclaves nicht berührt, sondern nur die Ceremonie vor dem Zusammentritt der Cardinäle abgeändert. (W. T.)

England.

London, 29. Februar. Oberhaus. Lord Stratheden kündigte gestern für nächsten Montag eine Resolution an, in welcher die Annahme solcher Maßnahmen beantragt werden soll, die geeignet sind, den Ausbruch von Feindseligkeiten in Europa zu verhindern, die Aufrechterhaltung der Verträge von 1856 in dem Maße, wie sie 1871 hergestellt worden sind, zu sichern und die Wohlfahrt der der Türkei unterworfenen Völkerschaften zu fördern. — Des dem Parlamente vorgelegte Kriegsbudget für das Finanzjahr 1877—1878 schließt mit einer Totalsumme von 14 538 700 Pfd. Sterl. ab und weist somit eine Minderforderung von 742 900 Pfd. Sterl. gegen das Vorjahr auf. Die Effectivstärke der englischen Armee beträgt danach 191 981 Mann. — Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß die Königin Victoria in diesem Jahre Baden-Baden und Coburg besuchen werde, wird von officieller Seite für unbegründet erklärt. — General Tschernajeff hat einen Brief veröffentlicht, in welchem er, gegenüber der vom Grafen Derby im Parlamente aufgestellten Behauptung, daß die serbische Armee fast ganz aus russischen Freiwilligen zusammengesetzt gewesen sei, erklärt, daß die in der serbischen Armee vorhanden gewesenen russischen Freiwilligen niemals die Zahl 3000 überschritten hätten. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 25. Februar. Weder in Regierungs- noch in Bankkreisen ist darüber etwas bekannt, daß zur Zeit Verhandlungen mit Rothschild oder anderen auswärtigen Bankhäusern über zu negociirende diesseitige Staats-Anleihen stattfänden. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 23. Februar. Ein Trupp Türken, unter welchem auch Soldaten waren, fand sich gestern auf der Insel Gournmai ein und begann zu plündern. Ein gegen denselben ausgesendetes rumänisches, aus Grenzwächtern bestehendes Detachement nahm 13 auf frischer That betroffene Türken, darunter einen Soldaten, gefangen und tödtete zwei andere. Unter den letzteren befand sich ein Beamter aus Rustschuk, der die Plünderung leitete. (W. T.)

Danzig, 26. Februar.

* [Auszug aus dem Protokoll der 113. Sitzung des Vorsteheramts der Kaufmannschaft am 21. Februar.] Anwesend die Herren: Goldschmidt, Albrecht, Damme, Bischoff, Petschow, Kosmack, Siedler, Gibsone, Biber, Mix, Steffens, und Ehlers. — Von der kgl. Regierung ist eine Verordnung mitgetheilt, betr. norwegisches Einfuhrverbot von Vieh und thierischen Producten aus deutschen Häfen; desgl. vom kgl. großbritannischen Vice-Consulat hierselbst eine Anzahl englischer Verordnungen, betr. Maßnahmen gegen die Viehseuche. Dieselben sind zur Einsicht ausgelegt. — Der Buchhalter Friedrich Robert Block ist vom kgl. Commerz- und Admiralitäts-Collegio als Bücher-Revisor vereidigt worden. — Die Herren Johannes Gustav Adolph Hornemann, in Firma Joh. Hornemann, und G. H. Bergmann, in Firma Woycke u. Bergmann, sind auf ihren Antrag in die Corporation aufgenommen. — Von der kgl. Direction der Ostbahn bezw. vom Directorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft sind die folgenden Tarifanträge eingegangen, welche auf dem Secretariate zur Einsicht ausliegen: Nachtrag I. und II. zum Kohlentarif von der Buschtehrader Eisenbahn 2c. nach Deutschland, — I. zum Kohlentarif der Ostbahn, Oberschlesien 2c., II. zum Steinkohlentarif der Breslau-Schweidnitz-Freiburger 2c. und der Ostbahn, I. zum Kohlentarif im Norddeutschen Eisenbahnverbande, X. zum Rüdersdorfer Kalk-Tarife, XX. zum Ost-Mitteldeutschen, XXVII. zum Badisch-Mitteldeutschen, XXVI. zum Mitteldeutsch-Elsaß-Lothringischen, XXIII. zum Ostdeutsch-Sächsischen, I. zum Preußisch-Braunschweigischen, II. zum Berlin-Kölner, XXIII bis XL. und XLI. zum Mitteldeutschen, X. zum directen Verkehr zwischen der Berlin-Stettiner und der Berlin-Hamburger Eisenbahn; endlich eine Bekanntmachung, „daß der Artikel Zucker aller Art zum Export bestimmt“ im Danzig-Warschauer Verbandverkehr in der Zeit 15. Febr. bis 15. Novbr. d. J. zu den Frachtsätzen der Klasse B. befördert wird, bei Auflieferung von 5000 Kilogr. und darüber. — Das Reichseisenbahn-Amt hat auf den ihm abschriftlich mitgetheilten Bericht des Vorsteher-Amtes an den Herrn Handelsminister, betreffend die Späterlegung des Nachtcourierzuges Berlin-Eydtkuhnen zum Anschluß an den neuen Expreßzug der Preußisch-Braunschweigischen Route, erwidert, daß bereits seit einiger Zeit mit dem Preuß. Handelsministerium im Sinne des diesseitigen Schreibens verhandelt werde. „Es lasse sich erwarten, daß diese Verhandlungen zu erwünschtem Abschlusse gelangen werden, nachdem das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Königsberg in Erwägung der großen Vortheile hinsichtlich der englischen, französischen, belgischen und rheinischen Correspondenz sich mit einer um 15 Min. späteren Ankunft des Courierzuges — 12,5 statt 11,50 Mittags — einverstanden erklärt und die Kgl. Direction der Ostbahn sich willig gezeigt habe, den gleichen Zeitraum ohne Beeinträchtigung der Präcision auf der Fahrt bis Königsberg einzuholen.“ — Vom Vorsteher-Amte der Kaufmannschaft zu Memel sowie außerdem von der Kgl. Regierung hierselbst ist je ein Exemplar der neuen Hafen-Polizei-Ordnung sowie der Segel-Anweisung für den Hafen von Memel mitgetheilt worden. Dieselben sind auf dem Secretariate zur Einsicht ausgelegt. — Insoweit die bisher außerordentlich geringe Benutzung der sog. Semaphor-Stationen an der deutschen Küste durch die passirenden Handelsschiffe der Unkenntniß über das Vorhandensein, den Zweck und den Nutzen dieser Anstalten zuzuschreiben ist, sind die Kgl. Preußischen Navigationsschul-Directoren in Danzig, Altona und Leer durch Verfügung des Herrn Handelsministers vom 16. Dezbr. v. J. angewiesen worden, in den Navigationsschulen, sowie bei den mündlichen Steuermanns- und Schiffer-Prüfungen hierauf Rücksicht zu nehmen. Zugleich ist in dem Rescript auch die Mitwirkung der Handelsvorstände und seemännischen Vereine angerufen. — Im diesjährigen Etat des Handelsministeriums sind zu Hafenzwecken in Neufahrwasser im Ordinarium 100 000 Mk. und im Extraordinarium 200 000 Mk. ausgeworfen. Ferner sind noch in dem neuerdings dem Abgeordnetenhause vorgelegten Gesetzentwurfe, betreffend die Flüssigmachung alter Bestände zur Verwendung für außerordentliche Bedürfnisse der Bauverwaltung 2c., für den Hafenbau 100 000 Mk., sowie außerdem für Anschaffung eines Lootsendampfers 140 000 Mk. bestimmt worden. Seitens des Vorsteher-Amtes wird nunmehr darauf hinzuwirken sein, daß diese für den Hafenbau bestimmten Mittel der Hafenbauverwaltung im Speciellen derart zur Verfügung gestellt worden, um eine beschleunigte Ausführung der Bauarbeiten möglich zu machen. Sodann soll der Herr Handelsminister gebeten werden, für das Jahr 1878 eine größere Summe zur Fertigstellung des neuen Bassins, bezw. für andere dringliche Hafenarbeiten bereit zu stellen.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.
Goldschmidt.

---

* Gestern Abends 10½ Uhr ist auf der unteren Weichsel der **Eisgang** eingetreten und hat sich auf der Strecke von Dirschau bis Neufähr bisher glücklich vollzogen. Um die erwähnte Zeit gerieth gestern Abends bei Plehnendorf bei 12 Fuß 9 Zoll Wasserstand das Weichseleis ins Treiben. Der Eisgang hielt bis 12 Uhr Nachts an, dann war die Weichsel am Ausflusse ca. 1½ Stunden eisfrei. Das Wasser stieg unterdessen langsam bis auf 13 Fuß 3 Zoll und um 1½ Uhr Nachts trat wieder scharfer Eisgang ein, der bis heute 3 Uhr Morgens anhielt, von da ab herrschte nur noch mäßiges Eistreiben, das um 5½ Uhr Morgens gänzlich aufhörte, wonächst der Wasserstand an der Plehnendorfer Schleuse wieder bis auf 13 Fuß 1 Zoll resp. 11 Fuß 4 Zoll herabsank. Morgens 8 Uhr war der untere Weichselarm (die Danziger Weichsel) gänzlich eisfrei.

Bei Dirschau betrug gestern Morgens der Wasserstand 4,44 M. = 14 Fuß 1¾ Zoll, gestern Mittags 4,47 M. = 14 Fuß 3 Zoll, es fand dort also nur eine sehr mäßige Steigerung statt; auch in der Nogat war das Wachsthum des Wasserstandes nur sehr gering, während derselbe jenseits der großen Eisstopfung, bei Kurzebrak und Graudenz, bis über 20 Fuß gestiegen war — ein Zeichen, daß diese Stopfung nur wenig Wasser durchläßt. Die Eissprengungen haben gestern Abends 7 Uhr den Piekler Canal erreicht, nachdem am gestrigen Tage 700 Sprengschüsse abgegeben waren. Von heute früh wird aus Dirschau gemeldet, daß vom Flügeldamm oberhalb Dirschau bis zur Hälfte von Grohn und bis zum Canal in Folge des Zusammenschiebens von Uferschollen sich wieder eine Eisstopfung gebildet habe, an deren Beseitigung die Nacht hindurch gearbeitet wurde. Bis heute Abend hofft man dieselbe völlig fortgeräumt zu haben. Bei Piekel war in Folge dieser Stopfung der Wasserstand um 1 Zoll gestiegen, bei Grohn um 1 Zoll gefallen. Bis zum Flügeldeich war die Weichsel überall in einer Breite von 100 Metern eifrei. — An der Nogat war die Situation bis heute Morgens unverändert. Aus Warschau sind weitere Nachrichten seit Sonnabend nicht eingegangen, was auf günstige Verhältnisse auf der oberen Weichsel schließen läßt.

Aus Graudenz von Sonnabend Abend schreibt man uns über die dortige Situation: Seit gestern 9½ Uhr Abends Eisstand. Höchster Wasserstand 22 Fuß. Die Eismassen sind dicht zusammengedrückt. Fünf Pontons der hiesigen Fähre, obgleich sie am jenseitigen Ufer festgelegt waren, sind vollständig zerdrückt, die starken Ankerketten zersprangen wie Glas. Jetzt Wasserstand 20 Fuß 6 Zoll. Der Traject ist noch gänzlich unterbrochen. Von Rondsener Schleuse bis unterhalb der Festung befindet sich eine mächtige Eisstopfung. Unterhalb der Festung nur 16 Fuß Wasserstand; oberhalb Rondsen ist die Weichsel eisfrei.

Von der Culmer Fähre von gestern Abend wird uns berichtet: Nachdem die Eisdecke hier in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. etwa 5 Meter gerückt war, ging dieselbe am Freitag Nachmittag in vollem Gange ab, bei einem Wasserstande von 15 Fuß 11 Zoll; den 24. Morgens war der Strom bis auf einzelne Stücke eisfrei, der Traject konnte jedoch erst Nachmittags aufgenommen werden, weil der rechte Seitenarm mit Eis vollgestopft war und dies erst fortgeräumt werden mußte. Das Wasser fiel inzwischen bis auf 12 Fuß 7 Zoll, wächst jetzt aber wieder, da eine Eisversetzung von Sackrau bis Sartawitz mit über 20 Fuß Wasser ist. Hier ist der Strom eisfrei, die Ufer sind stark mit Eis belegt, von Fordon wird starker Eisgang gemeldet. Traject per Kahn nur bei Tage über den Hauptstrom und beide Arme, über die zwischenliegenden Kampen zu Fuß. Heute Vormittags starkes Schneegestöber.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terespol-Culm: per Kahn nur bei Tage, bei Nacht unterbrochen; Warlubien-Graudenz: unterbrochen; Czerwinsk-Marienwerder: desgl.

---

* Im Herrenhause wird übermorgen über das Schicksal des Gesetzes, betreffend die Theilung der Provinz Preußen, definitiv entschieden werden. Das Haus gedenkt an diesem Tage die Vorlage in nur einmaliger Schlußberathung zu erledigen. Ihre Annahme ist auch dort wohl außer Zweifel.

* Vom 1. April ab geht bekanntlich die Eisenbahnstrecke Dirschau-Schneidemühl, welche bisher von der Danziger Eisenbahn-Commission verwaltet wurde, an die mit diesem Zeitpunkt in's Leben tretende neue Eisenbahn-Commission zu Schneidemühl über. In Folge dessen wird mit jenem Zeitpunkte auch das Personal der hiesigen Eisenbahn-Commission etwas vermindert werden. Circa 12 bisher bei der Danziger Commission beschäftigte Büreaubeamte haben ihre Versetzung nach Schneidemühl erhalten. — Wie wir ferner hören, wird beabsichtigt, hier besondere Amtsgebäude für die Eisenbahn-Verwaltungsbehörden zu errichten, zu welchem Zwecke Verhandlungen wegen Ankaufs geeigneter Grundstücke bereits angeknüpft seien. Es würde dadurch das noch immer bestehende Project, auf dem Legethorbahnhof nur den Güterverkehr zu belassen und für den Personenverkehr einen besonderen Central-Personen-Bahnhof einzurichten, seiner Durchführung um einen Schritt näher geführt werden.

* Herr Dr. Hans Prutz, früher Lehrer am hiesigen Gymnasium, gegenwärtig Lehrer an der Berliner Gewerbeschule und Privatdocent an der dortigen Universität, ist als ordentlicher Professor der Geschichte an die Universität zu Königsberg berufen worden und wird seine dortige Professur am 1. April antreten.

* Wie die „Altpr. Ztg.“ mittheilt, hat der Reichstags-Abgeordnete Herr Hausburg seinen Sitz im Reichstage innerhalb der Fortschrittspartei eingenommen, sich derselben jedoch nicht angeschlossen, sondern sich nur als Hospitant bei derselben angemeldet.

* Die Rinderpest gewinnt in Deutschland noch immer an Ausdehnung. Allein im Königreich Sachsen sind jetzt in 10 Ortschaften Seuchefälle constatirt. Um eine weitere Einschleppung aus Rußland und Polen möglichst zu verhindern, soll — wie die „Land- und forstw. Ztg.“ mittheilt — an maßgebender Stelle der Vorschlag gemacht worden sein, an den östlichen Grenzen größere Schlachthäuser zu errichten, in denen das importirte Vieh sofort unter polizeilicher und thierärztlicher Aufsicht geschlachtet werden soll. Auf diese Weise, meint man, würde die Versorgung der größeren Städte mit Fleisch stattfinden können, ohne daß die Gefahr der Rinderpest-Einschleppung entstände, da an Stelle des so gefährlichen Viehhandels der unschädliche Fleischhandel trete.

* Während der vergangenen Woche sind in der hiesigen Suppen-Anstalt ausgegeben: 5432 Portionen, und zwar am Montag 730, Dienstag 734, Mittwoch 729, Donnerstag 790, Freitag 807, Sonnabend 809 und Sonntag 833 Portionen. Für die Zeit vom 26. bis 28. d. Mts. hat das Comité die Ausgabe von 839 Portionen pro Tag bewilligt.

* Hr. Steinhausen eröffnete gestern Abend seinen Zaubersalon im Apollosaale und erwies sich als sehr geschickter Zauberer. Bei vollkommenster äußerer Ruhe entwickelt er eine überraschende Fertigkeit und Gewandtheit in seinen Experimenten, die er durch einen mit einem gewissen trockenen Humor ausgestatteten Vortrag begleitet. Schnelle Ausführung, stete Abwechselung der Vorführungen und hübsche Apparate vereinigen sich, das mannigfaltige Programm der Vorstellung anziehend zu machen. Wir nennen besonders die automatische Trommel und den automatischen Hahn. Besonders interessant war das photochemische Experiment mit einem Spiegel, auf welchem plötzlich das Bild einer rothen Rose erschien, die, allmälig abblassend, sich in eine weiße verwandelte. Frau Steinhausen bewährte sich gleichfalls als gewandte Zauberkünstlerin und gab zugleich in dem Spiel mit dem Drehen des Tellers und der Schüssel einen Beweis merkwürdiger Gewandtheit. Den Schluß der sehr beifällig aufgenommenen Vorstellung bildete die überraschende Production des lebenden, sprechenden, essenden Kopfes, der auf einem scheinbar vollkommen frei stehenden Tische erscheint und wieder verschwindet.

[Selonke's Theater.] Die am vergangenen Sonnabend von Herrn Kapellmeister Kilian arrangirte Wagner-Aufführung hatte ein recht zahlreiches Publikum versammelt, das dem strebsamen Dirigenten für seine vorzügliche Leistung lebhaften Beifall spendete. — Gestern kam das Schauspiel „Preciosa“ vor ziemlich besetztem Hause wiederholt zur Aufführung. Frl. Khayda hatte dieses Mal die Titelrolle übernommen, welche dieselbe recht gelungen zur Darstellung brachte. Sehr beifällig wurde die Tanzeinlage der kleinen Tilly aufgenommen.

* Das hiesige Criminalgericht verhandelte heute in contumaciam gegen den bisherigen Redacteur und Herausgeber des seit etwa 14 Tagen eingegangenen „Danziger Kladderadatsch“, Richard Kreutzberger wegen Unterschlagung. Derselbe hatte sich von einem für sein Zeitungsgeschäft angestellten Expedienten 150 M. als Caution einhändigen lassen, die er dann sofort in seinen Nutzen verwendete. Es ergab sich, daß der Angeklagte, der gegenwärtig zu Königsberg eine ihm wegen Preßsünden zuerkannte Gefängnißstrafe verbüßt, schon einmal wegen Diebstahls vorbestraft ist. Mit Rücksicht hierauf erkannte der Gerichtshof wegen der in Rede stehenden Unterschlagung auf 5 Monate Gefängniß und Ehrverlust auf 1 Jahr. — Ferner wurde heute gegen den Tischlergesellen Adolf Groß verhandelt, der vor einigen Wochen einem Batterie-Zuschneider, den er im Stockthurm besuchte, eine Summe von mehr als 300 Mk. stahl und den größten Theil davon in einem Mauerloche am Wallaufgang beim Hohenthore versteckte. Derselbe ward zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: der Schuhmacher W., der Arbeiter K. wegen Diebstahls; die Arbeiter J., M. und P. wegen Körperverletzung mit einem Messer; der Arbeiter G. wegen Verhinderung der Arretirung; der Klempnergeselle J., weil er den Maurergesellen E. mit einem Schlageisen vorsätzlich bedeutend verletzt hat; der Arbeiter T. wegen Knochengrabens an Bastion Luchs; der Deserteur M. vom hiesigen Pionierbataillon.

Gestohlen: dem Zimmermeister S. durch den Zimmermann B. eine Fuhre Holz; der Arbeiterfrau K. von der Leine 2 wollene Hemden; dem Kaufmann S. durch die verehelichte B. für 3 M. Waaren; dem Kaufmann E. aus seinem Hausflur zwei Fensterladen, welche der Verfolgte von sich warf, und die dem Eigenthümer zurückgegeben sind.

Strafanträge sind gestellt seitens des Lohndieners F. gegen den Baumeister H. wegen Hausfriedenbruchs, seitens der Sch'schen Eheleute gegen den Arbeiter K. wegen Sachbeschädigung; seitens des Schornsteinfegermeisters K. gegen den Lehrling S. wegen Unterschlagung; seitens der unverehel. S. gegen den Arbeiter K. wegen grober Mißhandlung.

Volksaufläufe entstanden am 23. d. Morgens in Schlapke in Folge grober Mißhandlungen der Ehefrau K. durch ihren Mann auf offener Straße; am 24. d. Abends in der Langgasse durch eine Schlägerei zwischen den Dirnen P. und Pr.; am 23. d. Abends in der Fleischergasse durch lautes Toben und Schimpfen der Tischlerfrau M.

Am 25. d. Vormittags erhing sich der Eigenthümer G. in Schellingsfelde auf dem Boden seines Hauses. G. war seit längerer Zeit gehirnleidend und hat wahrscheinlich den Selbstmord in einem Zustande augenblicklicher Unzurechnungsfähigkeit begangen.

Graudenz, 24. Februar. Die Bahnarbeiten sind unausgesetzt in vollem Gange. Auf der Strecke von den Pfaffenbergen bis zur Kulmer Straße sind gegen 300 Arbeiter mit den Erdarbeiten beschäftigt. Bis gegen hundert Schritt von der Kulmer Straße ist die Aufschüttung gediehen. Sobald die Chausseestrecke selbst erreicht ist, soll mit Durchgrabung und Ueberführung der Chaussee begonnen werden. (Ges.)

* Königsberg, 25. Febr. Während auf Beschluß des Kreistages die Chausseegeld-Erhebung auf allen Chausseen des hiesigen Kreises eingestellt ist, besteht dasselbe auf der Actien-Chaussee Königsberg-Neuhausen noch fort. Die betreffende Actien-Gesellschaft hat das Recht zur Chausseegeld-Erhebung nur auf 30 Jahre erhalten, welche jetzt abgelaufen sind, und es steht nunmehr dem Staat die Befugniß zu, diese Chaussee in seinen Besitz zu nehmen. Da der Provinzial-Ausschuß es abgelehnt hat, Schritte zur Uebernahme dieser Chaussee zu thun, weil der erwähnte Anspruch nur dem Staate zustehe, hat der Kreis-Ausschuß beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß diese die Chausseen übernehme und dann an den Kreis abtrete, um auch hier endlich den letzten Chaussee-Schlagbaum beseitigen zu können. Wie die „K. H. Z.“ meldet, haben zu einer Petition in gleichem Sinne sich nunmehr ca. 300 Kreis-Eingesessene vereinigt, die außerdem beantragen, behufs Unterhaltung der Chaussee einen Interessentenkreis zu bilden, welcher durch Steuerzuschläge die Unterhaltungskosten aufzubringen haben würde. — Pauline Lucca hat sich bewegen lassen, ihre Gastspiele an der hiesigen Bühne, zu denen großer Andrang herrscht, auf vier Abende auszudehnen. — Der Königsberger Reit-Cirkel hat zum Besten der Nogat-Ueberschwemmten am Sonntage ein prächtiges Reitfest veranstaltet, das sehr zahlreich besucht war. — Am Freitag wurde hier ein armer Familienvater durch ein schweres Lastfuhrwerk überfahren und sofort getödtet.

* In Pillau liegen, wie die „Ostpr. Ztg.“ mittheilt, gegenwärtig 23 große Dampfer, um Güter zu entladen. Eine größere Anzahl Segelschiffe mit Frachten wird noch erwartet. Die Eröffnung des Schiffsverkehrs mit Königsberg wird dort in Kürze erwartet, da die Eisdecke des Haffeises schon ziemlich mürbe sein soll.

* Schulitz, 24. Februar. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung den Bürgermeister Spieß, welcher nun schon seit 26 Jahren an der Spitze der hiesigen Communal-Verwaltung steht, auf fernere 12 Jahre wiedergewählt.

Zuschriften an die Redaction.

* Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem Bericht über die Sterblichkeit in Danzig (Nr. 10 213 d. D. Z.) die Columne A. der zweiten Häuserliste unklar ist. Zur Klarstellung wird die Angabe genügen, daß die erste Zahl, z. B. 6, die Anzahl aller Todesfälle in dem betr. Hause, die zweite Zahl, 3, die Anzahl der Kindertodesfälle bezeichnet. In der fünften Abtheilung, 100 pCt. Kindertodesfälle, sind nur Kinder unter 1 Jahr alt, gar keine ältere Personen gestorben. — In der letzten Spalte soll es heißen: tödtlicher Pockenfall, statt tödtlicher Todesfall.

Liévin.

Vermischtes.

Karlsruhe, 23. Februar. Der Prälat Holtzmann ist (dem Schwäb. Merk. zufolge) heute gestorben.

Im Haag wurde am 21. Februar der zweihundertjährige Todestag Spinoza's gefeiert. Die Festrede sollte Berthold Auerbach halten, da dieser jedoch verhindert war, sprach Ernst Renan.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 24. Februar. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. — Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen pr April-Mai 126# 223 Br., 222 Gd., pr Mai-Juni 126# 1000 Kilo 225 Br., 224 Gd. — Roggen pr April-Mai 161 Br., 160 Gd., pr Mai-Juni 1000 Kilo 161 Br., 160 Gd. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl matt, loco 73½, pr Mai pr 200# 72. — Spiritus ruhig, pr 100 Liter 100 pCt. pr Februar 47, pr März-April 45, pr Mai-Juni 44½, pr Juli-August 45½. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum flau, Standard white loco 14,75 Br., 14,25 Gd., pr Februar 14,25 Gd., pr August-Dezember 15,00 Gd.

Bremen, 24. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 13,75 bez., pr Februar 13,75 bez., pr März 13,50, pr April 13,50.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 26 Februar.

Weizen loco sehr fest, pr Tonne von 2000#

feinglasig u. weiß	130-135#	222-228 M. Br.	183-227 M. bez.
hochbunt . . .	127-133#	220-224 M. Br.	
hellbunt . . .	126-130#	220-224 M. Br.	
bunt	125-131#	215-220 M. Br.	
roth	128-132#	212-215 M. Br.	
ordinair . . .	118-132#	195-205 M. Br.	

Regulirungspreis 126# bunt lieferbar 217 M.
Auf Lieferung pr April-Mai 218 M. bez. u. Gd., 220 M. Br., pr Mai-Juni 221 M. Br., pr Juni-Juli 221, 221½, 222 M. bez.

Roggen loco matter, pr Tonne von 2000#
Russischer 153—155 M., inländ. 162 M. pr 120# bez.
Regulirungspreis 120# lieferbar 160 M.
Auf Lieferung pr April-Mai unterpolnischer 164 M. Br., pr Mai-Juni do. 165 M. Br., pr März-April russischer 157 M. Br.

Gerste loco pr Tonne von 2000 # kleine 108# 142 M. bez.

Erbsen loco pr Tonne von 2000 # weiße Futter- pr April-Mai 136 M. bez. und Br., pr Mai-Juni 138 M. Br.

Wicken loco pr Tonne von 2000 # 135 M.

Kleesaat loco pr 200 # roth 124 M.

Spiritus loco pr 10,000 pCt. Liter 52,25 M. bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,45 Br. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staatsanleihe 103,75 Gd. 3½ pCt. Preußische Staatsschuldscheine 92,00 Gd. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,00 Gd., 4 pCt. do. do. 93,30 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,40 Br. 4 pCt. Danziger Privatbank-Actien 116,50 Br. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99,50 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,75 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,25 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 26. Februar 1877.

Getreide-Börse. Wetter: veränderlich und kalte Luft. Wind: ziemlich stark aus Nordost.

Weizen loco ist heute recht reichlich zugeführt gewesen und bei guter Kauflust sind zu ganz festen Preisen, besonders für die besseren und feinen Gattungen, 430 Tonnen ziemlich leicht verkauft worden. Bezahlt ist für Sommer- 131, 132, 133# 216 M., blauspitzig 129# 183 M., bezogen 123/4# 205 M., hellfarbig 126/7, 127# 216, 217 M., glasig 126/7# 219 M., 130# 220, 221 M., hochbunt glasig 128, 130# 222 M., 131# 223 M., fein 130/1# 224, 225 M., 134# 226, 227 M., hellbunt 127# 223 M., 129# 224 M. pr Tonne. Termine ziemlich fest, April-Mai 218 M. bez. und Gd., 220 M. Br., Mai-Juni 221 M. Br., Juni-Juli 221, 221½, 222 M. bez., Regulirungspreis 217 M.

Roggen loco matt, inländischer 12# brachte 169 M., russischer 118/9# 149½ M., 118, 118/9# 150½ M., 120# 155 M. pr Tonne. Termine ohne Kauflust, russischer März-April 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 164 M. Br., Mai-Juni 165 M. Br. Regulirungspreis 160 M. — Gerste loco kleine 108# 142 M. pr Tonne bezahlt. — Erbsen loco flau, graue zu 130 M. pr Tonne gekauft. Termine Futter- April-Mai 136 M. bez. und Br., Mai-Juni 138 M. Br. — Wicken loco mit 135 M. pr Tonne gekauft. — Kleesaat loco roth zu 124 M. pr 200 # gekauft. — Lupinen loco blaue feucht sind zu 87 M. pr Tonne verkauft. — Spiritus loco mit 52,25 M. bezahlt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 24 Februar. Wind: WSW.

Angekommen: Susanne (SD.), Schütz, Swinemünde, Ballast. — Agnes, Berndt, Grangemouth, Kohlen. — Minister Achenbach (SD.), Wischke, Liverpool, Salz. — Juno, Mielordt, Leith, Kohlen.

25. Februar. Wind: SW.

Angekommen: Anna, Behrens, Gloucester, Salz. — Hesperus (SD.), Groves, Kiel, leer.

26. Februar. Wind: SW.

Ankommend: 1 Schooner.

Thorn, 24. Febr. Wasserstand: 7 Fuß 4 Zoll.
Wind: SW. Wetter: trübe.
Das Wasser der Weichsel ist ziemlich eisfrei.

Altschottländ. Isr. Gemeinde.

Montag, den 26. d. Mts., Abends 6½ Uhr,

außerordentliche General=Versammlung.

Der Vorstand.

Heute, 1½ Uhr Nachmittags, wurden wir durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter erfreut.

Gr. Zünder, am 25. Febr. 1877.

Edm. Behrendt u. Frau.

Die Verlobung unserer Tochter **Amalie** mit dem Administrator Herrn **Carl Keyser,** zu B a r t e n in Ostpreußen zeigen wir freundlichst an.

Marienwerder, den 24. Februar 1877.

968) **Nobis** und Frau.

Sonntag Mittag um 1½ Uhr starb unser einziges Töchterchen **Elisabeth** im Alter von 3 Jahren.

Dieses zeigen wir tiefbetrübt an.

Danzig, den 25. Februar 1877.

982) **F. Zocher** u. Frau.

Gestern Abend 6 Uhr entschlief in **Neidenburg** meine geliebte Mutter, unsere Schwieger= und Großmutter, die verwittwete

Frau Julianne Schmidt,

geb. Guentert,

in ihrem 80. Lebensjahre, welches wir statt besonderer Meldung anzeigen.

Danzig, den 26. Februar 1877.

Gustav Schmidt

981) u. Familie.

Heute früh 3 Uhr verschied nach längerem Leiden der Rentier

Friedrich Wilhelm Biereichel

im siebenundsechszigsten Lebensjahre. Dieses zeigen tief betrübt an

die Hinterbliebenen.

J ä s ch k e n t h a l, den 26. Februar 1877.

Sonnabend, den 24. Februar, 8½ Uhr Abends, entschlief sanft nach langem schweren Leiden, in Folge eines Lungenleidens, meine gute Tochter, unsere liebe, theure Schwester und Nichte, **Lydia Rohrlach** im 28. Lebensjahre, welches wir tief betrübt anzeigen.

Fischhausen, den 25. Februar 1877.

Die Hinterbliebenen.

Den gestern in Wilhelmshaven nach langem Leiden am Herzschlage erfolgten Tod meines innig geliebten Bruders, des Marine-Schiffbau-Ingenieur-Aspiranten **Eberhard Massmann** zeige ich, gleichzeitig im Namen meiner Mutter und Geschwister, hiemit tiefbetrübt an.

Danzig, den 26. Februar 1877.

Dietrich Massmann,

996) Schiffsbaumeister.

Am 23. d. M., 9 Uhr Morgens, entschlief sanft und schmerzlos in seinem 73. Lebensjahre unser geliebter Vater, Schwieger= und Großvater, der Rentier

Gerhard Claassen

in T i e g e n h o f.

Die Hinterbliebenen.

Große Auction

Fischmarkt No. 10

über Propfen und Syrup.

Dienstag, den 27. Februar, von 10 Uhr ab, werde ich

14 Ballen Wein= und Bierpfropfen

verschiedener Größe,

7 Faß Candissyrup und eine Decimalwaage

von 15 Centner Tragkraft, meistbietend gegen baar versteigern, wozu einlade. (841

A. Collet, Auctionator.

Fischmarkt 10.

Mein Comtoir und Wohnung befindet sich jetzt Breitgasse No. 80.

Rud. Malzahn.

Privat-Unterricht.

Für Damen, welche sich kaufmännische Kenntnisse aneignen und sich zum Buchführer heranbilden wollen, eröffne ich in nächster Zeit den 2. diesjährigen Lehrcursus im Zirkel. Der Unterricht erstreckt sich auf kaufmänn. Rechnen, Wechselkunde, einfache und doppelte Buchführung, verbunden mit Correspondenz (etwa 150 Briefe). Zur näheren Besprechung resp. Anmeldung bitte ich die Vormittagsstunden zu wählen.

H. Lewitz,

Lehrer für kaufmännische Wissenschaften,

951) Heiligegeistgasse 64.

Schweizerkäse,

ächten und deutschen, in Broden von 100 und 150 ℔. empfiehlt

Fr. Kessler, Scheibenrittergasse 13.

Ungarische Pflaumen

10 ℔ für 2 ℳ.,

Grobkörnigen Reis

15 ℳ. pro Ctr.

empfiehlt

Adolph Eick, Breitgasse 108.

Hypotheken=Kapitalien

auf ländliche Besitzungen, 1. Stelle à 5%, namentlich Danziger u. Marienburger Werder zu haben durch **Richard Hollatz.**

Auf Drausen=, Gyps= und Dachrohr werden Bestellungen angenommen u. k. auch per Bahn gleich geliefert werden. **Gustav Wernick,** Altst. Grab. 44.

Die Original-Nähmaschinen

von der

Singer Manufacturing Company,

älteste und größte Nähmaschinen=Fabrik der Welt,

übertreffen durch ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit und Dauer alle anderen Systeme und Nachahmungen, weil sie vom vorzüglichsten Material und durch Benutzung der vollkommensten Arbeits=Maschinen mit sonst unerreichbarer Accuratesse hergestellt sind.

Besondere Kaufvortheile:

1) **Kleine Anzahlung. — Abzahlung 2 Mark pro Woche.**
2) **Alte oder nicht zweckentsprechende Maschinen aller Systeme werden eingetauscht und in Zahlung verrechnet.**
3) **Gründlicher Näh=Unterricht in und außer dem Hause gratis.**
4) **Jede Maschine wird vor Ablieferung sorgfältigst eingenäht und später etwa vorkommende Störungen in meiner mechanischen Reparatur=Werkstatt sofort beseitigt.**

G. Neidlinger, Langgasse No. 44.

Verkauf 1874: 241,679 Stück.

Alle sonst am hiesigen Platze als „Singer" angebotenen Nähmaschinen — ohne Certificat — (Ursprungszeugniß) sind nachgemachte.

Verkauf 1875: 249,852 Stück.

Vorzüglichste Gemälde in Oelfarbendruck.

Durch Vergrösserung meines Geschäftslocals habe einen besonderen Raum mit Oberlicht nur für **Oelfarbendruck-Gemälde** hergerichtet, welche in **reichster Auswahl** dem verehrten Pnblikum hiermit zu billigsten Preisen angelegentlichst empfehle.

Oelfarbendrucke in der Grösse von 30 Zoll lang, 21 Zoll breit, von 6 ℳ. ab.

Carl Müller, Vergolderei, Spiegel- und Kunsthandlung, **Jopengasse No. 25.**

S. Hirschwald & Co.,

Leinen=Handlung und Wäsche=Fabrik,

15, Wollwebergasse 15,

empfehlen

Oberhemden in guter Qualität	von ℳ.	2,25 an,
Damenhemden, reich garnirt	"	2,00 "
Herren-Nachthemden	"	1,75 "
Negligé-Jaken mit Besatz	"	1,25 "
Damen-Pantalons mit Besatz	"	1,75 "
Leinene bunte Schürzen	"	1,25 "

Sämmtliche Sorten **Leinwand,** als: **Creas, Schlesisch, Bielefelder, Hausmacher** in allen Breiten

genau zu Fabrikpreisen

laut neuester Preisliste.

Dowlas, Chiffon, Shirting, Medapolam Hollands, Piqué's, Wiener=Cords bedeutend im Preise ermäßigt.

Den Rest **einzelner Wäsche=Gegenstände,** sowie einen Posten **Stepp= und Victoria=Röcke** haben wir zum

Ausverkauf gestellt.

Stegemann & Winkelmann

DANZIG.

Fabrik für

Centralheizungen und Ventilation, Gas- und Wasseranlagen.

Zur bevorstehenden Bauperiode empfehlen wir uns zur Einrichtung von **Heißwasserheizungen** (Mitteldruck), **Warmwasserheizungen, Dampfheizungen, Wasser-Luftheizungen.**

Dieselben dienen zur Erwärmung von öffentlichen Gebäuden aller Art, als: **Schulen, Krankenhäuser, Gerichtsgebäude, Theater, Bahnhöfe,** sowie für **Wohnhäuser, Fabriken, Trockenräume, Gewächshäuser** 2c.

Einfacher und billiger Betrieb, angenehme gleichmäßige Temperatur, größte Reinlichkeit, sowie die gleichzeitige Miterwärmung der Corridore und Treppenhäuser, sind die Hauptvorzüge gegenüber gewöhnlicher Ofenheizung.

Kostenvoranschläge nach eingesandten Bauplänen gratis. (950

Einem hochgeehrten Publikum bringe hiermit meine oberen Localitäten in Erinnerung, und empfehle dieselben zu Hochzeiten, Diners, Soupers, sowie zu jeder andern Festlichkeit.

Gleichzeitig empfehle ich warme und kalte Schüsseln außer dem Hause; auch übernehme ich vollständige Lieferungen von Essen zu allen Festlichkeiten sowie deren Arrangements.

Hochachtungsvoll

Julius Frank,

Brodbänkengasse 44.

Zweites Concert

des

Instrumental=Musik=Vereins

am Sonnabend, den 3. März cr., Abends 7 Uhr, im Apollosaale des Hôtel du Nord, unter gefälliger Mitwirkung **des Pianisten Herrn L. Haupt** und **des Opernsängers Herrn Speith.**

PROGRAMM:

1) **J. Haydn, Sinfonie No. 8, B-dur.**
2) **Gesang.**
3) **S. Jadassohn, Serenade No. 2, D-dur (zum ersten Male).**
4) **Gesang.**
5) **L. van Beethoven, 5tes Concert für Pianoforte, Es-dur, op. 73,** mit Orchesterbegleitung, **vorgetragen von Herrn L. Haupt.**

Billets zum Preise von ℳ. 2. 50 ₰ pro numerirten, und ℳ. 1. 50 ₰ pro unnumerirten Sitzplatz, sowie Stehplätze à ℳ. 1. — sind zu haben in der Musikalienhandlung des Herrn **F. A. Weber.** (929

Stellung finden zum 1. April ein **zweiter Inspector u. ein Eleve** bei **H. Kock** in **Kl. Butzig** bei Linde a. d. Ostbahn.

972

Ein Hof auf dem Bleihofe mit Waarenschuppen ist von Mitte März ab zu vermiethen. Näh. Milchkannengasse 20.

Gartenbau=Verein.

Der Gartenbau=Verein feiert in diesem Jahre sein Stiftungsfest, zu welchem auch Gäste eingeführt werden können, am 3. März c. in Gesellschaft von Damen in dem Friedrich=Wilhelm=Schützenhause.

Billets zur Theilnahme an diesem Fest incl. Couvert betragen 3 Mark pro Person und sind bei den unterzeichneten Comité=Mitgliedern bis zum 28. Februar cr. incl. zu entnehmen. Mit der Subscription von 250 Couverts wird die Liste eventuell schon früher geschlossen.

Die Commission für das Stiftungsfest.

A. Bauer, Langgarten 37/38.	**C. Döring,** Heiligegeistgasse 11.	**A. Hoffmann,** Wollwebergasse 11.	**J. L. Schäfer,** Sandgrube 21.
Ed. Schur, Langgasse 16.	**Sielaff.** Ohra.	**W. Unger,** Ankerschmiedeg. 21.	**M. Zimmermann,** Ohra.

Güter jeder Größe

weist zum Kauf nach (804

Th. Kleemann, Danzig, Brodbänkeng. 33.

Erste Sendung

Bayrischen Runkelrübensamen

(gelbe Sorte), ist eingetroffen und empfiehlt die Handlung **Näthlergasse No. 6.**

Frisch gebrannter Kalk

ist in meiner Kalkbrennerei in Neufahrwasser bei Broesen und vom Lager hier stets zu haben. (961

W. Wirthschaft,

Gr. Gerbergasse 6.

Frisch gebrannten schwedisch. Kalk *offerirt billigst die Kalkbrennerei bei Legan. Bestellungen werden angenommen Breitgasse 16, 2 Tr. h. u. Langgarten 107.*

831) **C. H. Domansky Wwe.**

Die Herren Gutsbesitzer, welche **Milch** lief. woll., w. ersucht, sich bei **Pockart,** Heiligegeistg. 69 zu melden.

Eine Bäckerei wird in Danzig od. Umgegend von April z. pacht. ges. Adr. u. 962 i. d. Exp. d. Z. erb.

Einen **Lehrling** suchen

Richd. Dühren & Co.,

811) Danzig, Milchkannengasse 6.

Ein junger Mann,

der mehrere Jahre in einem größeren Getreidegeschäft gearbeitet hat und mit der doppelten Buchführung vertraut ist, sucht per 1. April Stellung. Gef. Adressen werden unter 891 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein achtbares Mädchen, welches Geschäftskenntnisse besitzt, wünscht ein Engagem. in einem Geschäft (nur nicht Kellnerin). Adr. w. unter 999 in der Exp. d. Ztg. erb.

---

1 auch 2 Knaben finden gute Pension bei **Pockart,** Heiligegeistgasse 69.

Ich suche für mein Comtoir einen Lehrling zum 1. April cr. (840

Oscar Zucker.

Zu meinem Commissions=, Speditions= u. Dampfer=Expeditions=Geschäfte

ist eine Lehrlingsstelle

zu besetzen. 738

Ferdinand Prowe,

Danzig, Hundegasse No. 36.

Dem hochgeehrten Publikum empfehle ich meine eleganten Restaurations=Localitäten zum geneigten Besuch, und lade auch Damen und Familien hiermit ergebenst ein.

E. Schmidt,

Deutsches Gesellschaftshaus, Heiligegeistgasse 107.

Hunde-Halle

verzapft:

Wickbolder Märzen=Bier,

pro Glas 15 ₰.

Aecht Nürnberger Bier

(von J. G. Reiff, Nürnberg)

pro Glas 25 ₰. (1011

Apollo=Saal

Hotel du Nord.

Heute Montag und morgen Dienstag

Die Zauberwelt.

Wunderbare Vorstellung, Magie, Optik und galvan. Experimente

von **Steinhausen** u. Frau,

K. K. Hof=Künstler aus Berlin.

Billets bis 6 Uhr beim Portier Hotel du Nord, Abends an der Kasse. Anfang 7½ Uhr.

Haase's Concert-Halle,

42. Breitgasse No. 42.

Auftreten der echten Afrikanischen Damen=Sänger= und Tänzer=Gesellschaft Waterson.

Hochachtungsvoll

Anfang 7 Uhr. **H. Haase.**

Stadt-Theater.

Dienstag, den 27. Februar. (Abonn. susp.) Benefiz für Herrn **Kaps: Pariser Leben.** Komische Operette in 4 Acten von Offenbach.

Mittwoch, den 28. Febr. (6. Ab. No. 12.) **Der Widerspänstigen Zähmung.** Kom. Oper in 4 Acten von H. Götz.

Donnerstag, den 1. März. (6. Ab. No. 13.) **Anna Lise.** Schauspiel in 4 Acten von Hirsch. Hierauf: **Nimrod.** Posse mit Gesang in 1 Act von Salingré. Musik von Bial.

Freitag, den 2. März. (Abonnem. susp.) Zum Benefiz für Herrn **Braun: Die Jüdin.** Große Oper in 5 Acten von Halévy.

Sonnabend, den 3. März. (Abonn. susp.) **Zu halben Preisen: Die Schule des Lebens.** Schauspiel in 5 Acten von Raupach.

Zu meiner am Dienstag, den 27. d. M. stattfindenden Benefiz=Vorstellung

„Pariser Leben",

Operette in 5 Acten von J. Offenbach, **Gabriele:** Frau Director **Lang=Ratthey,** lade ein geehrtes Publikum ergebenst ein.

885) **Robert Kaps.**

Selonke's Theater.

Dienstag, 27. Febr. **Zum Benefiz für den Komiker Herrn Kramer.** U. A.: **Die drei angeführten Liebhaber.** Posse. **Der geschundene Raubritter.** Romantisches Schauer= und Trauerspiel mit Gesang und Tanz.

Heute Montag:

Großes Tanzkränzchen

im kl. Saale des Selonke'schen Etablissements.

Anf. 6 Uhr. **H. Bornacky.**

Ein schwarzer Filzhut ist gestern Abend im Altstädt. Gesellschaftshause, Pfefferstadt 37, im Gesangverein „Libertas" abhanden gekommen. Es wird gebeten, denselben Kassubschen Markt abzugeben.

Albert wünscht **Laura** zu sprechen!

Seit Kurzem hat sich in hiesiger Stadt ein Gerücht verbreitet, daß Fleischermeister unserer Innung Pferdefleisch in ihren Geschäften verwertheten. Der unterzeichnete Vorstand kann diesem Gerüchte keinen Glauben schenken und nur für eine Verläumdung halten, und glaubt, daß es nur den Zweck haben soll, den Fleischwaaren=Geschäften einen Schaden zuzufügen. Jeder Inhaber eines solchen Geschäftes, beschäftigt fremde Leute, und würde daher wohl sehr bald ein Beweis herbeigeführt werden können, wenn Jemand sich ein solches Vergehen zu Schulden kommen ließe.

Eine Belohnung von 150 Mark

zahlt daher unsere Innungskasse Demjenigen, der den Beweis führen kann, daß ein Mitglied unserer Innung, Pferdefleisch in seinem Geschäfte verwerthet hat.

D a n z i g, den 26. Februar 1877.

Der Vorstand der Fleischer=Innung.

Schleswig=Holstein.=Lotterie, 3. Klasse, Ziehung 7. März, Loose à 3 ℳ. 75 ₰. Stettiner Pferde=Lotterie, Ziehung den 7. Mai cr., Loose à 3 ℳ. bei **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 10216 der Danziger Zeitung.

Danzig, 26. Februar 1877.

Abgeordnetenhaus.

Abendsitzung vom 24. Februar.

Das Haus setzt die Berathung des Cultus-Etats fort.

Zu Kap. 125. Tit. 13 (zur Errichtung neuer Schulstellen 135 175 M.) beschwert sich Abg. Colberg darüber, daß in vielen Elementarschulen der Provinz Preußen katholische Schulkinder in protestantischen Schulen gar keinen confessionellen Religionsunterricht erhalten, obwohl die Regierung verpflichtet sei, für ausreichende Lehrkräfte auch nach dieser Richtung hin Sorge zu tragen. — Abg. v. Wilamowitz-Möllendorf konstatirt, daß die Regierung in der Provinz Posen überall da, wo eine confessionell gemischte Bevölkerung vorhanden sei, für den Religionsunterricht auch der in der Minderheit befindlichen Confession ausreichend sorge. Dagegen bedauert der Redner, daß die zur Einrichtung neuer Schulen ausgeworfene Summe angesichts des großen Mangels an Schulen viel zu niedrig bemessen sei. Vielleicht sei es möglich, durch Errichtung von Halbtagsschulen dem Uebelstande einigermaßen abzuhelfen. — Geh. Rath Schneider erkennt das Vorhandensein des Uebelstandes an, weist aber darauf hin, daß die Regierung trotz aller Mühe nicht im Stande sei, mit einem Male demselben abzuhelfen. Thatsächlich sei die Position gegen die früheren Etats bereits erheblich erhöht. — Abg. Wehrenpfennig hebt hervor, daß die genannte Summe nur zur Miethe von Schullokalitäten und zu Lehrergehältern für neue Schulstellen, nicht aber zur Errichtung neuer Schulgebäude verwendet werden könne. In Folge dessen sei es gar nicht möglich, einen höheren Betrag zu verwenden. Im vorigen Jahre seien von den ausgeworfenen 119 000 M. nur 53 000 M. thatsächlich zur Verwendung gelangt.

Tit. 14 wirft zu Ruhegehalten und Unterstützungen für emeritirte Elementarlehrer 300,000 Mk. aus. Abg. Knörke beantragt, die Staatsregierung aufzufordern, eine gesetzliche Regelung der Pensionsverhältnisse der Elementarlehrer nach Maßgabe derjenigen Grundsätze baldigst herbeizuführen, welche bei der Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten in Anwendung kommen. — Zur Begründung des Antrages weist Abg. Knörke auf die traurige Lage der emeritirten Lehrer hin. Ein 71jähriger Lehrer mit Familie in der Nähe von Luckenwalde sei kürzlich nach 50jähriger Dienstzeit mit 115 Thlr. pensionirt worden, und von diesem Gehalt habe er bis heute noch keinen Pfennig erhalten, so daß er, wie er ihm gestern persönlich mitgetheilt, bei armen Verwandten hier in Berlin sich sattessen müsse (Hört!). Wenn in dieser Beziehung nicht eine Besserung eintrete, so werde der jetzt schon sehr fühlbare Lehrermangel bald noch viel empfindlicher werden. Reh. R. Greiff erwidert, daß in dem vom Vorredner angeführten Spezialfalle die Regierung bereits durch eine außerordentliche Zulage eine Aufbesserung der Pension herbeigeführt habe. Eine formelle Abhilfe des gerügten Uebelstandes werde erst das Unterrichtsgesetz gewähren können. — Abg. Wehrenpfennig hält es für unmöglich, den Antrag Knörke, nachdem er einmal gestellt, abzulehnen. Das finanzielle Bedürfniß, daß nach diesem Antrage, sowie nach dem heute Vormittag gefaßten Beschluß über die Alterszulagen auf Grund des Unterrichtsgesetzes sich ergeben werde, schätze er auf 5 Millionen Mk. — Der Antrag Knörke wird angenommen.

Zu Tit. 15 (Schulaufsichtskosten 724,500 Mk.) klagt Abg. Danzenberg, daß die Geistlichen vollständig von der Schulaufsicht verdrängt seien, obwohl der Cultusminister bei Berathung des Schulaufsichtsgesetzes feierlich erklärt habe, das Gesetz solle nur die prinzipielle Bedeutung haben, daß die Schulaufsicht vom Staate ressortire, keineswegs solle aber faktisch die Geistlichkeit von der Schulaufsicht ausgeschlossen werden, vielmehr sollten die confessionellen Verhältnisse nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Keine von diesen Versprechungen habe der Minister gehalten. Redner polemisirt sodann gegen die Schrift des Abg. Seyffardt über die katholische Volksschule am Niederrhein unter geistlicher Leitung und behauptet, daß dieselbe zahlreiche Unrichtigkeiten enthalte. Er bemängelt insbesondere die Qualification der Lokal-Inspectoren, namentlich hätten die Bürgermeister nicht die für dies Amt nöthige Bildung. (Lebhafter Widerspruch.) Das ganze Verfahren der weltlichen Inspectoren sei derartig, daß man sagen müsse: die Behörden haben alle Scham verloren. — (Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Worte zur Ordnung.) — Minister Falk bemerkt, daß für die Schulaufsicht kein Pfennig mehr im diesjährigen Etat angesetzt sei, als im vorigen. Auch der Abg. Danzenberg habe nichts Neues vorgebracht, weshalb er ihm aus Rücksicht auf sich selbst und auf das Haus auch nichts weiter erwidere. (Beifall.) — Abg. Seyffardt dankt dem Abg. Danzenberg für die Reclame, welche er für seine Broschüre gemacht.

Zu Tit. 22 beantragt Abg. Knebel, die für gewerbliche Fortbildungsschulen ausgeworfene Summe von 142 150 Mk. auch für die ländlichen Fortbildungsschulen zu verwenden. — Abg. v. Schorlemer-Alst kann nicht begreifen, was der Knebelsche Antrag bezwecke, die ländlichen Fortbildungsschulen des Abg. Knebel seien etwas nebelhaft. Er bezweifelt, daß für diese Anstalten zur Förderung der Landwirthschaft geeignete Lehrkräfte vorhanden seien. Ungenügende Ausbildung in der Landwirthschaft sei aber eher ein Unglück als ein Glück. — Abg. Knebel will in den ländlichen Fortbildungsschulen keinen landwirthschaftlichen Fachunterricht ertheilen, sondern nur die Elementarkenntnisse unter besonderer Berücksichtigung der Landwirthschaft vertiefen. Eine solche Tendenz sei freilich der ultramontanen Partei unangenehm. Wenn dem Abg. v. Schorlemer seine Fortbildungsschulen nebelhaft vorkämen, dann möge er sich von der Realität derselben überzeugen. Abg. v. Schorlemer-Alst erwidert, wenn dem Abg. Knebel die Bezeichnung der von ihm empfohlenen ländlichen Fortbildungsanstalten als nebelhafte mißfalle, so wolle er sie „knebelhafte" nennen. (Au!) — Abg. Thiel beantragt, die ausgeworfene Summe ganz allgemein „Für Fortbildungsschulen" zu bewilligen. — Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt Cap. 126 (Kunst und Wissenschaft). Zu Tit. 1, Kunstmuseum in Berlin, spricht Abg. Virchow seinen Dank dafür aus, daß der Besuch der Museen am Sonntag durch Ausdehnung der Zeit erleichtert worden ist; er fügt dann den Wunsch hinzu, daß, falls technische Schwierigkeiten dem nicht entgegenstehen sollten, für die Gesammtheit der Museen noch ein Eingang eröffnet werden möge. Er bedauert ferner, daß das Katalogwesen für die Berliner Museen so Vieles zu wünschen lasse. — Geh. Rath Schöne bemerkt, daß auf dem Gebiete des Katalogwesens in den letzten Jahren doch Erhebliches geleistet sei; die Frage, ob ein zweiter Zugang zu den Museen zu eröffnen sei, wird erwogen werden.

Zu Tit. 4: Vermehrung und Unterhaltung der Sammlungen richtet Abg. Wehrenpfennig an die Regierung die Frage, in wie weit die vor mehreren Jahren gewährten 40 000 M. zur Herstellung von Gipsabgüssen in Italien verwendet seien. — Geh. R. Schöne erwidert, daß ein erheblicher Theil dieser Summe zur Abformung von Skulpturen der Frührenaissance und des Alterthums in Venedig, Verona, Rom u. s. w. verwendet worden sei. Es stehe zu hoffen, daß mit dem Rest noch ein Jahr lang in derselben Weise gearbeitet werden kann.

Zu Kap. 127 „Cultus und Unterricht gemeinsam" und zwar zum Tit. 3 „zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse" sind eine Reihe von Petitionen von Geistlichen eingegangen, die immer noch nicht das Minimal-Gehalt von 2400 M. beziehen. — Abg. Wehrenpfennig empfiehlt im Namen der Petitionscommission, daß die Regierung auf die Gemeinden einen größeren Druck ausüben möge. — Abg. Gringmuth kann dieser Aufforderung nur beitreten; es empfehle sich vielleicht, diese Sache generell durch ein Pfarrerbesoldungsgesetz zu regeln. — Abg. Wehrenpfennig bringt bei diesem Titel den vom Abg. Danzenberg zur Sprache gebrachten Fall der Verweigerung der Absolution und der dafür erfolgten Verurtheilung des verweigernden Caplans nochmals zur Sprache, um die Thatsachen richtig zu stellen. (Er wird durch fortwährende Rufe des Centrums: Zur Sache! „Das steht ja Alles in der Germania!" unterbrochen.) — Abg. v. Schorlemer-Alst deducirt aus diesem Fall, daß es den Katholiken nicht mehr erlaubt sei, frei ihrem Religionsbekenntnisse zu leben, wenn es freistehe, durch gerichtliches Erkenntniß die Absolution zu erzwingen. Der katholische Geistliche stehe einem solchen Verfahren gegenüber absolut schutzlos da, weil er über die Beichte kein Wort verlautbaren dürfe. (Rufe: Das steht ja alles in der „Germania"! Große Heiterkeit.)

Die außerordentlichen Ausgaben werden ohne weitere Debatte bewilligt. Eine Discussion knüpft sich nur noch an den Antrag der Abgg. Virchow und Gen. „Das Haus wolle erklären, daß es die Resolutionen, welche in der vorigen Session gefaßt sind, nämlich 1) die Staatsregierung aufzufordern, eine den Staatsinteressen entsprechende Beschleunigung der großen Staatsbauten, welche der Verwaltung des Cultusministeriums angehören, herbeizuführen, und zu dem Ende in dem Cultusministerium die nöthigen bautechnischen Kräfte anzustellen, 2) die Staatsregierung aufzufordern, unter Berücksichtigung der Ansprüche des deutschen Reiches und mit Heranziehung disponibler Militärgrundstücke einen geordneten Plan für den Bau der großen Staatsanstalten für Wissenschaft und Kunst in Berlin aufstellen zu lassen und dem Landtage, wenn möglich, noch im Laufe dieser Session vorzulegen, nicht als erledigt betrachtet und die Staatsregierung wiederholt auffordert, in dem Sinne dieser Resolution vorzugehen. — Abg. Virchow motivirt seinen Antrag damit, daß sich besonders in Berlin eine so große Unsicherheit in den Plänen der öffentlichen Bauten zeige, daß manche wichtige und nothwendige Bauten geradezu verschleppt werden, wie z. B. der Bau eines neuen Hauses für die k. Bibliothek. Durch die Concurrenz des Reiches werde die Unsicherheit noch vergrößert, weil immer wieder die Frage aufgeworfen werde, ob dieses oder jenes Grundstück nicht im Interesse des Reiches zu verwenden sei. — Ministerialdirector Greiff: Ueber die Anstellung von Bautechnikern im Cultusministerium ist eine Verständigung innerhalb der Regierung noch nicht erreicht. Einen solchen allgemeinen Plan, wie er unter Nr. 2 gefordert wird, glaubt die Regierung nicht herstellen zu können. — Der Antrag wird angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendigt. Nach den gefaßten Beschlüssen balancirt derselbe in Einnahme und Ausgabe mit 651,638,414 Mk. — Das Etatsgesetz wird ohne Debatte in seinen 3 Paragraphen genehmigt. — Nächste Sitzung Montag.

Herrenhaus.

10. Sitzung vom 24. Februar 1877.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Theilung der Provinz Preußen, ist aus dem Abgeordnetenhause herübergekommen und wird zur einmaligen Schlußberathung gestellt.

Das Haus setzt zunächst die Spezialdebatte des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung von verwahrlosten Kindern in Erziehungs- und Besserungs-Anstalten, fort und zwar zunächst über § 6 und § 9. Nach eingehender Debatte genehmigt das Haus den § 6, in folgendem, die §§ 6 und 9 zusammenfassenden Wortlaute: Der Bezirksrath (Regierung, Landdrostei, Polizei-Präsidium zu Berlin) hat die Unterbringung zu beschließen. Er bestimmt die Entlassung, wenn eine Veränderung in den Verhältnissen eintritt, so daß die Erreichung des im § 1 gedachten Zweckes anderweit sicher gestellt wird, oder wenn dieser Zweck erreicht ist. Die Entlassung muß bis zum vollendeten sechszehnten Lebensjahre erfolgen, doch ist der Bezirksrath zur Zurücknahme der Entlassung und zu Anordnungen über die Aufsicht des entlassenen Pfleglings befugt, beides bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Von den desfallsigen Beschlüssen des Bezirksraths ist dem Vormundschaftsgerichte Mittheilung zu machen.

§ 7 enthält die Bestimmung über die Aufbringung der durch dieses Gesetz veranlaßten Kosten. Nach der Regierungsvorlage sollen die Provinzial- und Commun

nalverbände sämmtliche Kosten tragen, soweit nicht die Kosten für Unterbringung in ein Lehrverhältniß, Zahlung von Lehrgeld u. s. w. aus dem Vermögen des Pfleglings oder von den Eltern desselben bestritten werden kann. Die Commission schlägt dagegen vor, bei der Errichtung von Anstalten den Staat zur Hälfte zu den Kosten heranzuziehen; die übrigen Kosten sollen vom Staat, von den Provinzial- und den Armenverbänden zu je 1/3 getragen werden. Nach dem 14. Jahre fällt die Verpflichtung des Armenverbandes fort. — v. Kleist-Retzow beantragt diese letzte Bestimmung zu streichen. — v. Knebel-Döberitz will die Kosten generell zur Hälfte dem Staate, zur Hälfte den Provinzialverbänden auferlegen. — Geh. Finanzrath Rüdorff legt die Gründe dar, welche der Staatsregierung eine Betheiligung des Staates an den in Rede stehenden Kosten nicht haben angezeigt erscheinen lassen. Derselbe hebt hervor, daß ein staatliches Interesse an den in Aussicht genommenen Einrichtungen zwar nicht in Abrede gestellt werde. In erster Linie aber handele es sich um eine Angelegenheit der Provinzialverbände. Die Fürsorge für die verwahrlosten Kinder werde sich naturgemäß in engeren Kreisen zu bethätigen haben und für solche unter besonderem Anschluß an die Privatwohlthätigkeit zu organisiren sein. Unter den Zwecken, für welche den Provinzialverbänden Dotationen überwiesen werden, sei auch das Corrigendenwesen aufgeführt. — Die Herren Hasselbach, v. Knebel-Döberitz, v. Simpson-Georgenburg empfehlen dringend die Commissionsvorschläge, weil sonst eine zu große Belastung der Communen und Provinzen entstehen würde; denn die Dotation reiche für diesen Zweck nicht mehr aus. — In der Abstimmung werde der § 7 mit dem v. Knebelschen Antrag angenommen; desgleichen die übrigen Paragraphen ohne Debatte.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in einmaliger Schlußberathung den Gesetz-Entwurf, betreffend einige Abänderungen der gesetzlichen Vorschriften über die Veranlagung der Grundsteuer, der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer, und nimmt dazu folgende vom Referenten Hasselbach vorgeschlagene Resolution an: „die Staatsregierung zu ersuchen, bei fernerweiter Revision der Gesetze über die Veranlagung und Erhebung der Klassensteuer und klassificirten Einkommensteuer, resp. der dazu erlassenen Instructionen auf thunlichste Vereinfachung und Gleichmäßigkeit des Verfahrens Bedacht zu nehmen."

Hinsichtlich der Petition des Stadtraths zu Fulda: veranlassen zu wollen, daß eine gesetzliche Bestimmung erlassen werde, wonach die Besitzer sogenannter Wanderlager da, wo sie ihr Geschäft betreiben, zur Zahlung einer Communalsteuer herangezogen werden, beantragt die Commission: in Erwägung, daß die durch den Geschäftsbetrieb der Wanderlager für die Communen und für Handel und Gewerbe unzweifelhaft vorhandenen schweren Mißstände nur durch eine Aenderung der Reichsgesetze über das Hausirgewerbe beseitigt werden können; in fernerer Erwägung, daß die Gewerbegesetzgebung zur Competenz der Reichsgesetzgebung gehört, über die Petition zur Tagesordnung übergehen. — Stadtrath Theune beantragt dagegen, die Petition der Regierung als Material zur Communalsteuernovelle zu überweisen, welchem Antrage das Haus trotz des Widerspruchs der Regierung beitrat.

Auf den Bericht der Commission für Eisenbahn-Angelegenheiten werden die Uebersichten über den Fortgang des Baues und über die Ergebnisse des Betriebes der Staats-Eisenbahnen im Jahre 1875 und über den Stand und Fortgang derjenigen Staatseisenbahnbauten im Jahre 1876, für welche besondere Credite bewilligt worden sind, durch die Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Montag.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

24. Februar.

Geburten: Kaufmann Robert Emil Albert Teichgräber, T. — Oberkellner Friedrich Hermann Fleischbauer, S. — Pr.-Lieutenant Carl Otto Wilhelm Sigismund v. Wegerer, S. — Uhrmacher Gustav Adolf Fornell, S. — Arbeiter Peter Rose, S. — Schlosser Carl Heinrich Menzel, S. — Tischler Joh. Friedrich Zube, T. — Klempner Reinhold Carl Stabb, T. — Arbeiter Hermann Sabietzki, T. — Secretär der Kgl. Artillerie-Werkstatt Carl Anton Friedrich Emil Hartmann, S. — Buchdruckereiinhaber Hermann August Streiber, T. — Arbeiter Friedrich Rauter, T.

Aufgebote: Maurer Herrm. Richard Robert Lademann mit Wittwe Dorothea Wilhelmine Schwarz, geb. Banehl. — Kantor Simon (Samson) Lewin in Dramburg mit Jutta Auerbach. — Kaufmann Heinrich Calwin Herrmann Curt Will in Berlin mit Bertha Malwine Marie Schröter, geb. Möhling. — Wiege-Controleur Friedr. Wilh. Herrmann Krüger mit Wittwe Ida Euphrosine Fehring, geb. Katschun. — Arb. Johann Ferdinand Stolz mit Mathilde Julianne Lehmann.

Todesfälle: S. d. Arb. August Albert Sappenbowski, 2 J. — Schuhmacherlehrling Adolf Gustav Bölke, 17 J. — S. d. Arb. Josef Wessalowski, 8 W. — Mathilde Savulski, 22 J. — S. d. Arb. Anton Albert Bartsch, 4 J. — S. d. Zimmermanns Gustav Aug. Zittlau, 3 W. — T. d. Arb. Johann Jacob Karsten, todtgeb. — S. d. Arb. Friedr. Kalikowski, 6 T.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 24. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 120¼, Franzosen 192⅜, Silberrente —. 1860er Loose 97½, Papierrente —, Galizier 172, Reichsbank 156½, Goldrente 60. Matt.

Amsterdam, 24. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März —. Roggen pr. März 190, pr. Mai 195. — Raps pr. Frühjahr 418, pr. Herbst 405 Fl.|

Wien, 24. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 62,60, Silberr. 67,60, 1854r Loose 105,50, Nationalb. 835,00, Nordbahn 1802,50, Creditactien 149,10, Franzosen 237,50, Galizier 210,00, Kaschau-Oderberger 84,50, Pardubitze —, Nordwestbahn 113,25, do. Lit. B. —, London 124,35, Hamburg 60,60, Paris 49,35, Frankfurt 60,60, Amsterdam 103,00, Creditloose 162,00, 1860er Loose 109,50, Lomb. Eisenbahn 77,50, 1864r Loose 135,00, Unionbank 51,50, Anglo-Austria 71,00, Napoleons 9,92½, Dukaten 5,91, Silbercoupons 113,40, Elisabethbahn 132,50, Ungarische Prämienloose 71,20, Deutsche Reichsbanknoten 60,92½. Türkische Loose 17,00. Goldrente 74,10.

London, 24. Febr. [Schluß-Course.] Consols 96¹/₁₆. 5pCt. Italienische Rente 71. Lombarden 6⁷/₁₆. 3pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9⅛. 3pCt. Lombarden-Priorit. neue —. 5pCt. Russen de 1871 82¾. 5pCt. Russen de 1872 82½. Silber 56⅛. Türkische Anleihe de 1865 11¹³/₁₆. 5pCt. Türken de 1869 —. 5pCt. Vereinigte Staaten pr. 1885 106. 5pCt. Vereinigte Staaten 5pCt. fundirte 107½. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6pCt. ungarische Schatzbonds —. 6pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission —. Spanier 11¼. 6pCt. Peruaner —. Russen de 1873 81⅝. — Platzdiscont 1½ pCt. — In die Bank flossen heute 30 000 Pfd. Sterl.

Liverpool, 24. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 4000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. — Billiger. Middl. Upland 6½, middl. Orleans 6¹¹/₁₆, middl. Mobile 6⁹/₁₆, fair Dhollerah 5⁵/₁₆, fair Domra 5⅜.

Paris, 24. Febr. (Schlußbericht.) 3pCt. Rente 72,[illegible]2½. Anleihe de 1872 106,05. Italienische 5pCt. Rente 71,47½. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 478,75. Lombardische Eisenbahn-Actien 163,75. Lombardische Prioritäten 231,00. Türken de 1865 11,90. Türken de 1869 64,00. Türkenloose 35,00. Credit mobilier 156, Spanier extér. 11¼, do. inter. 10⅛, Suezcanal-Actien 662, Banque ottomane 373, Société générale 507, Crédit foncier 582, neue Egypter 174. — Wechsel auf London 25,13½. — Ruhig, Schluß ermattend.

Paris, 24. Febr. Productenmarkt. Weizen behpt., pr. Februar 27,75, pr. März-April 28,25, pr. Mai-Juni 29,25, pr. Mai-August 30,00. Mehl ruhig, pr. Februar 60,25, pr. März-April 61,00, pr. Mai-Juni 62,75, pr. Mai-August 63,75. Rüböl ruhig, pr. Februar 93,75, pr. April 94,25, pr. Mai-August 93,50, pr. September-Dezember 91,25. Spiritus ruhig, pr. Februar 62,00, pr. Mai-August 63,50. — Wetter: Kalt.

Antwerpen, 24. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste fest. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 34½ bez. und Br., pr. Februar 34 bez. und Br., pr. März 33 bez. und Br., pr. April 33 Br., pr. September 36 Br. — Weichend.

Newyork, 24. Februar. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 83½ C., Goldagio 5, 5/20 Bonds pr. 1885 108⅛, do. 5pCt. fundirte 109½, 5/20 Bonds pr. 1887 111¾, Eriebahn 7½, Central-Pacific 106½, Newyork Centralb. 93½. Höchste Notirung des Goldagios 5⅛, niedrigste 4⅞. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12½, do. in New-Orleans 11¾. Petroleum in Newyork 15¾, do. in Philadelphia 15½. Mehl 6 D. 10 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 51 C., Mais (old mixed) 60 C. Zucker (fair refining Muscovados) 9¾. Kaffee (Rio-) 19⅜. Schmalz (Marke Wilcox) 10⅝ C., Speck (short clear) 8⅝ C. Getreidefracht 5.

Butter.

Berlin, 26. Februar. (Gebrüder Lehmann & Co., Louisenstraße 31.) Die vorige Woche eröffnete für frische geringe Sorten etwas anregend, ermattete aber zum Schlusse wieder, so daß eine wesentliche Aenderung nicht gemeldet werden kann; trotzdem dürfte die nun schon längere Zeit bestandene ungünstige Geschäftslage ihren Höhepunkt erreicht haben und wir dürfen mit dem beginnenden neuen Monat sicher auf eine Besserung des Handels zählen. Die Erfahrungen der Vorjahre berechtigen wenigstens zu diesen Hoffnungen. — Wir notiren ab Versandtorte: Alles pr. 50 Kilogramm: feine und feinste Mecklenburger 125—135 M., Mittel 130 M., Holsteiner und Vorpommersche 120—130 M., Sahnenbutter von Holländereien und Molkerei-Genossenschaften 120—125 M., feinste 140 M., Thüringer 105 M., feine 110 M., Hessische 108 M., Baierische Land-78 M., Gebirgs- 88 M., Schweizer 112 M., Pommersche 90—95 M., Pächter 98—100 M., Littauer 83—86 M., Hofbutter 102 M., Elbinger 88 M., feine 92 M., Schlesische: Ratibor 80—90—93 M., Trachenberg 93 M., Neisse 92 M., Ober-Glogau 94 M. Westpreußische 85—90 M., Tyroler 83 M., Mährische 89 M., Galizische 84—88 M. franco hier.

Productenmärkte.

Königsberg, 24. Februar. [Spiritus.] Wochenbericht. (v. Portatius u. Grothe.) Spiritus in effectiver Waare erzielte wegen knapper Zufuhr etwas bessere Preise; Termine wenig verändert bei schwachen Umsätzen. Man bezahlte loco 54, 54¼, 54¾ M., Februar 54½, 55¼ M., Frühjahr 56¼, 56½, 56¾ M., Mai-Juni 57½ M., Juni 58¾ M., Juli 59¼ M., August 60 M., September 61 M. pro 10 000 pCt. ohne Faß.

Stettin, 24. Februar. Weizen pr. April-Mai 221,50 M., pr. Mai-Juni 224,00 M. — Roggen pr. Februar-März 157,00 M., pr. April-Mai 157,50 M., pr. Mai-Juni 156,50 M. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Februar 69,50 M., pr. April-Mai 69,50 M., pr. September-October 66,00 M. — Spiritus loco 53,80 M., pr. Februar 54,60 M., pr. April-Mai 55,20 M., pr. Mai-Juni 56,00 M. — Rübsen pr. Herbst 300,00 M. — Petroleum pr. Februar 14,75 M.

Meteorologische Depesche vom 23. Februar.

Nr.		Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
8	Aberdeen . . .	745,7	W	mäßig	wolkig	7,2	1)
8	Copenhagen .	748,2	—	stille	bed.	— 2,3	
8	Stockholm . .	746,3	N	leicht	h. bed.	— 8,0	
8	Haparanda . .	753,4	N	stille	h. bed.	—21,0	
7	Petersburg . .	745,6	SSO	stille	bed.	— 4,6	
7	Moskau . . .	752,2	S	leicht	Schnee	—11,5	
8	Cork	761,2	N	frisch	wolkig	7,2	2)
8	Brest	763,3	NNW	schwach	bed.	9,0	3)
8	Helder	750,8	SW	schwach	Regen	4,5	
8	Sylt	743,2	SW	mäßig	Regen	1,3	4)
8	Hamburg . . .	751,2	WSW	frisch	bed.	1,1	5)
8	Swinemünde .	750,8	W	schwach	Dunst	— 0,2	6)
8	Neufahrwasser	749,8	WSW	leicht	bed.	— 0,4	7)
8	Memel	747,9	SW	stille	Schnee	0,5	
8	Paris	758,9	SW	schwach	bed.	2,8	
8	Crefeld	754,6	SSW	mäßig	Dunst	1,8	8)
8	Karlsruhe . .	758,4	SW	schwach	bed.	0,6	9)
8	Wiesbaden . .	757,8	NW	stille	wolkig	— 0,5	10)
8	Cassel	756,2	SSO	mäßig	bed.	— 0,2	11)
8	München . . .	757,9	W	schwach	Schnee	— 1,8	
8	Leipzig	755,1	SW	leicht	wolkig	— 1,3	12)
8	Berlin	753,6	SSW	leicht	h. bed.	0,0	13)
7	Wien	755,8	WNW	leicht	klar	0,0	
8	Breslau. . . .	753,9	W	leicht	Schnee	— 1,3	

1) See sehr ruhig. 2) Seegang mäßig. 3) Seegang leicht. 4) Nachts Schnee. 5) Nachts und früh Schnee. 6) Früh Schnee. 7) Abends wenig Regen. 8) Gestern Morgen wenig Schnee. 9) Schnee. 10) Sprühregen. 11) Horizot dunstig. 12) Abends etwas Schnee. 13) Vormittags Schnee.

Im Nordwesten ist das Barometer besonders seit dem Abend sehr rasch gefallen, ein Minimum ist zwischen den Faröer und Norwegen erschienen, und der Wind ist über Großbritanien und die südliche Nordsee nach West, an der norwegischen Küste nach Südost zurückgegangen und aufgefrischt. In vielen Theilen Centraleuropas herrscht Regen oder Schneefall bei annähernd normaler Temperatur, in den Umgebungen der Nordsee und im oberen Rheinthal ist es wärmer geworden.

Anmerkung. Die Stationen sind in drei Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Küstenzone. Innerhalb jeder Gruppe ist die Reihenfolge von West nach Ost eingehalten.

Deutsche Seewarte.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.